

Deutsche Umschau



Politik:

Interview mit BdV-
Präsident Bernd Fabritius

Hessen:

Die kirchliche Eingliederung
der Vertriebenen in Hessen

Kultur:

Der Brückenheilige
Johannes von Nepomuk

Herausgeber:



Inhalt

- 3 Dr. Bernd Fabritius wieder Mitglied des Deutschen Bundestages
- 4 Interview der Sudetendeutschen Zeitung mit Bernd Fabritius
- 6 Landespreis Flucht, Vertreibung, Eingliederung
- 7 Ausstellung „Wolfskinder“ im Haus der Heimat
- 8 Sonderausgabe Hessen der Festschrift „70 Jahre Landsmannschaft Schlesien 1950 – 2020“
- 9 Weiterhin großes Interesse am Aufnahmeverfahren von Spätaussiedlern
- 10 Katholische Heimatvertriebene bauen sich ihr Gotteshaus
- 11 Das Vertriebenenendenkmal in Groß-Gerau
- 12 Die katholische Kirche im Lahn-Dill-Kreis und die Heimatvertriebenen
- 13 Nationalsozialistischer Kirchenkampf im Sudetenland
- 14 Aufbruch aus dem Glauben
- 15 Neues Filmprojekt des BdV-Landesverbandes gestartet
- 16 Böhmen und seine Nachbarn
- 18 Gedenkfeier für den böhmischen Brückenheiligen Johannes von Nepomuk
- 19 Goethe, Zelter und der Heilige Nepomuk
- 20 Ein alter Milchkrug erinnert sich
- 21 Jahrbuch Polen 2021 zum Thema Oberschlesien
- 22 Minderheitenschutz und Volksgruppenrechte
- 23 Dokumentationszentrum Flucht, Vertreibung, Versöhnung in Berlin vor seiner Vervollständigung
- 24 Das Deutsche Kulturforum östliches Europa
- 25 Zum Tod von Nelly Däs
- 26 In Gedenken an Ursula Mechler
- 27 Alte Geschichte(n) neu erzählt: Tagung „Flucht, Vertreibung, Neuanfang“
- 27 BdV-Landesverband Hessen veröffentlicht Leitfaden zur Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Titelbild

84. Heimatvertriebenenwallfahrt 2017 zur Böhmisches Madonna am Marienwallfahrtsort Maria Einsiedel bei Gernsheim (Foto: BdV-Kreisverband Groß-Gerau)

Angemerkt...

Wie konnte Integration gelingen?

Der Dichter und Denker Johann Gottfried von Herder war der Ansicht: „Heimat ist da, wo man sich nicht erklären muss.“ Flüchtlinge und Vertriebene kamen erst einmal als Fremde; sie mussten sich erklären. Von ihnen wurde Anpassung erwartet. Es war ja nicht so, dass die Deutschen im Westen nur auf sie gewartet und sie überall mit offenen Armen empfangen hätten. 14 Millionen Menschen, die ihre Heimat verlassen mussten, kamen aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten sowie aus deutschen Siedlungsgebieten in Ost- und Südosteuropa. Die Neuankömmlinge hatten fast alles verloren: Familie und Freunde, Arbeit und Ansehen, Haus und Heimat. Ein derartiger Verlust lässt sich nicht vergessen und kaum überwinden.

In den Nachkriegsjahren fühlten sich viele Menschen im Westen schon allein durch die große Zahl dieser Neuankömmlinge bedroht, die nach ihrer Ankunft knapp 20 Prozent der damaligen Gesellschaft ausmachten. Es galt, diese Menschen im besiegten und besetzten Deutschland nicht nur provisorisch unterzubringen und zu versorgen, sondern umgehend und auf Dauer einzugliedern. Viele wurden in Privathäusern, oft auch zwangsweise, einquartiert. Keine einfachen Voraussetzungen für eine Integration.

Allgemein versteht man unter Eingliederung oder Integration, Teile zu einem Ganzen zu-

sammenzufügen bzw. in ein Ganzes einzufügen. Überträgt man den Begriff auf eine menschliche Gruppe, so bedeutet das, dass es sich bei der Integration um „die sozio-kulturelle An- und Einpassung einer in eine fremde Gesellschaft eintretenden Gruppe oder eintretender Individuen“ handelt. Dieser Prozess kann nicht einseitig geschehen. Vielmehr handelt es sich immer um eine Wechselbeziehung, bei der sich beide Seiten aufeinander einstellen. Insofern machen Einstellungen und Beziehungen zwischen Aufnehmenden und Neuhinzugekommenen den Erfolg oder Misserfolg der Integration aus.

Anfänglich behinderten beide Gruppen die Eingliederung: Einheimische waren gegenüber den „Fremden“, die in ihren Ort, ihre Wohnung „eindrangen“, misstrauisch und die Vertriebenen anfangs eher vorsichtig. Da aber eine kulturelle Nähe, man denke an die gemeinsame Sprache, Religion, an gemeinsame Werte und Normensysteme und die gleiche Volks- bzw. Staatszugehörigkeit, vorhanden war, kam es zu einer baldigen Annäherung von Vertriebenen und Einheimischen. Die Bemühungen der staatlichen Seite um die Eingliederung der Vertriebenen blieb von diesen nicht unbeantwortet. Die Vertriebenen legten selbst Hand an und bekundeten in der „Charta der deutschen Heimatvertriebenen“, ihren Beitrag zum Wiederaufbau Deutschlands und Europas leisten zu wollen.

Helmut Brandl



ISSN 0723-4295

Organ des Bundes der Vertriebenen:

Landesverband Hessen

Herausgeber / Verlag:

Bund der Vertriebenen – Landesverband Hessen e.V. Die Ausgabe wird durch das Hessische Innenministerium gefördert.

BdV-Landesverband Hessen e.V.

Friedrichstraße 35 · 65185 Wiesbaden

Telefon: 0611 36019-0 · Telefax: 0611 36019-22

E-Mail: buero@bdv-hessen.de

Bankverbindungen:

Volksbank Wiesbaden

IBAN DE17 5109 0000 0000 3459 03

Redaktion:

Siebert Ortmann (V.i.S.d.P.), Carsten Becher (Leitung), BdV-Landesverband Hessen Referat für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit. Mit Signum oder Namen gezeichnete Beiträge geben die Meinung des Verfassers wieder.

Satz & Layout:

Eva Zschäbitz, Bonn

Druck & Vertrieb:

Medienhaus Plump GmbH
Rolandsecker Weg 33
53619 Rheinbreitbach

Erscheinungstermine:

Vier Ausgaben 2021
31. März 2021, 30. Juni 2021, 30. September 2021 und 15. Dezember 2021

Redaktionsschluss für die nächste Ausgabe:

15. August 2021

Offene Baustellen fertigstellen

Dr. Bernd Fabritius wieder Mitglied des Deutschen Bundestages

Der Präsident des Bundes der Vertriebenen und Beauftragte der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten, Dr. Bernd Fabritius, gehört erneut dem Deutschen Bundestag an. Am 22. März 2021 unterzeichnete er beim bayrischen Landeswahlleiter die Annahme des Mandats. Als dritter Nachrücker der CSU-Landesliste zog er in der Nachfolge des freiwillig aus dem Bundestag ausgeschiedenen Tobias Zech ins Parlament ein.

Fabritius gehörte dem Bundestag bereits in der letzten Legislaturperiode an. In einer ersten Stellungnahme sagte der BdV-Präsident: „Ich freue mich sehr, in der verbleibenden Wahlperiode gerade an solchen Projekten mitzuwirken, bei denen das Ziel in Sicht, aber noch nicht erreicht ist. Auch aus der Perspektive des BdV gibt es einige offene Baustellen, für deren Fertigstellung ich meinen Beitrag im Sinne gegebener Wahlversprechen leisten möchte“, erklärte Dr. Fabritius und bezog sich damit u.a. auf die Verbesserung der Alterssituation von Spätaussiedlern.

Mitglied in der „Gruppe der Vertriebenen“

Der Einsatz für deutsche Heimatvertriebene, für Aussiedler und Spätaussiedler, für angestammte ethnische Minderheiten in Deutschland und deutsche Minderheiten in den Nachbarländern und in den Nachbarstaaten der Sowjetunion wird auch in der Funktion als Bundestagsabgeordneter ein wichtiger Arbeitsschwerpunkt für Fabritius bleiben. Dementsprechend werde er sein Amt als Beauftragter der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten, das er seit April 2018 ausübt, „mit viel Elan und Herzblut auch als Abgeordneter fortsetzen“, so Fabritius.

Als eine seiner ersten „Amtshandlungen“ trat er erneut der Gruppe der Vertriebenen, Aussiedler und deutschen Minderheiten der CDU/CSU-Bundestagsfraktion bei. In der verbleibenden Zeit dieser Legislaturperiode wird sich Fabritius zudem im Ausschuss für Arbeit und Soziales engagieren sowie im Unterausschuss Bürgerschaftliches Engagement.



Dr. Bernd Fabritius (Foto: privat)

Vertreter im Europarat

Am 15. April 2021 wurde Fabritius vom Bundestag außerdem als Vertreter Deutschlands in die Parlamentarische Versammlung des Europarates entsandt. Der BdV-Präsident freute sich über diese Entscheidung, da er erneut in diesem Gremium aus 47 Mitgliedsstaaten für Rechtsstaatlichkeit und Minderheitenrechte eintreten könne.

Er betonte: „Der Europarat, dem ich bereits von 2013 bis 2017 angehörte, ist nach wie vor das maßgebliche Gremium für den europaweiten Schutz etwa der Menschenrechte, der nationalen Minderheiten sowie für den Erhalt von Regional- und Minderheitensprachen. All diese Themen sind auch für den Bund der Vertriebenen wichtig, der sich als moderne Menschenrechtsorganisation der grenzüberschreitenden Verständigung sowie einem positiv verstandenen Recht auf die Heimat verschrieben hat.“

Fabritius im Gespräch

Im Anschluss an seine Entsendung in die Parlamentarische Versammlung des Europarates stand Dr. Fabritius dem neuen Chefredakteur der Sudetendeutschen Zeitung, Torsten Fricke, in einem ausführlichen Interview Rede und Antwort zu seinem Hintergrund, seinen Motiven und zu wichtigen Zielen. Das Interview ist mit freundlicher Genehmigung der Sudetendeutschen Zeitung auf den folgenden Seiten abgedruckt. ■

Zur Person

- Geboren am 14. Mai 1965 in Agnetheln, Siebenbürgen; evangelisch-lutherisch
- 1983 Abitur am Brukenthalgymnasium Hermannstadt; 1988 Studium der Sozialverwaltung, Dipl.-Verwaltungswirt (FH) München; 1992 Studium der Politikwissenschaften, Zertifikat Hochschule für Politik (HFP) München; 1997 Studium der Rechtswissenschaften an der Ludwig-Maximilians-Universität (LMU) München, Zweites Staatsexamen; 2003 Promotion zum Dr. iur. in Hermannstadt und Tübingen
- 1983 bis 1984 Ergänzungslehrer Bio/Geografie; 1985 bis 1991 Beamter Freistaat Bayern (LVA Oberbayern); 1991 bis 1997 gerichtlich zugelassener Rentenberater; seit 1997 Rechtsanwalt; seit 2000 Prof. Univ. Assoc (juristische Fakultät ULBS Hermannstadt und ROGER Europauniversität Hermannstadt)
- Seit 2003 Mitglied der CSU; stellvertretender Landesvorsitzender UdV; Präsidiumsmitglied OMV der CDU
- Mitglied des Deutschen Bundestages von 2013 bis 2017 und seit März 2021
- Präsident des Bundes der Vertriebenen, Ehrenvorsitzender des Verbandes der Siebenbürger Sachsen in Deutschland, Vizepräsident der Stiftung Bavaria-Romania für Soziale Assistenz, Träger der Europa-Medaille des Freistaates Bayern, Träger des Nationalen Verdienstordens Rumäniens im Rang Kommandeur

Quelle: www.bundestag.de

Vertreibung muss verboten und bestraft werden

Interview mit MdB Dr. Bernd Fabritius, neues Mitglied der Parlamentarischen Versammlung des Europarates

Bernd Fabritius MdB, BdV-Präsident und Bundesbeauftragter für Aussiedler und nationale Minderheiten, ist erneut als Vertreter Deutschlands in die Parlamentarische Versammlung des Europarates entsandt worden. Über seine Erwartungen und Ziele sprach die Sudetendeutsche Zeitung mit ihm.

Herr Dr. Fabritius, Sie sind 1965 in Agnetheln in Rumänien zur Welt gekommen, aber nach Ihrem Abitur in Hermannstadt 1984 mit Ihren Eltern und Ihren beiden Geschwistern nach Deutschland ausgewandert. Was waren die Gründe dafür?

Fabritius: Deutsche sind in den Ländern des ehemaligen Ostblocks nach dem Zweiten Weltkrieg mit einem vernichtenden Vorwurf der Kollektivschuld für die Verbrechen Nazi-Deutschlands konfrontiert worden, der ihnen in ihrer seit Jahrhunderten angestammten Heimat das Leben zunehmend unmöglich gemacht hat. Auch wenn die Grenzen durch den Eisernen Vorhang dicht waren, wurde gleichwohl ein Vertreibungsdruck aufgebaut, durch kollektive Entrechtung, Verschleppung zur Zwangsarbeit, gesellschaftliche Ächtung, eine stetig zunehmende Negierung der eigenen kulturellen Identität und letztlich eine Verdrängung in eine hundertprozentige Assimilierung. Ich habe zwei Geschwister. Meine Eltern wollten nicht, dass wir irgendwann im Rumänischen untergehen, sondern sie wollten für uns eine Zukunft als Deutsche. Dass irgendwann im Ostblock die Wende kommen und damit eine Zukunft für die deutsche Minderheit dort weiterbestehen würde, war damals nicht absehbar. Auch war mein Opa im Januar 1945 mit weiteren

zig-tausend arbeitsfähigen deutschen Zivilpersonen aus Rumänien als „menschliche Kriegsreparation“ zur Zwangsarbeit in die Sowjetunion verschleppt worden und nach jahrelanger Schufterei in russischen Bergwerken und den Wirren der Nachkriegszeit in Bayern angekommen und dort geblieben. Das war dann der Anlass für meine Mutter, unsere Ausreisegenehmigung zu erkämpfen, was nach 16 Jahren Kampf 1984 erfolgreich war.

Was ist Heimat für Sie?

Fabritius: Heimat ist sehr vielschichtig, für mich vor allem ein Gefühl. Es ist zuerst der Ort, wo ich hingehöre oder hingehört habe. Heimat ist dort, wo ich jeden Baum und jeden Strauch kenne, wo ich nicht fremd bin. Heimat habe ich aber auch in einer Gemeinschaft, ich bin „zu Hause“, wo Siebenbürgisch-Sächsisch gesprochen, gekocht, gelacht und geweint wird; Heimat habe ich auch im christlichen Glauben. Heimat ist die ganz besondere Topografie des Herzens.

Wie haben Sie die erste Zeit in Deutschland erlebt? Haben Sie Ausgrenzung erfahren?

Fabritius: Deutschland war für mich – trotz einiger auch verwunderlicher Begebenheiten – eine rundherum positive Erfahrung. Ich habe ein unbeschreibliches Freiheitsgefühl empfunden, als plötzlich um mich herum überall Deutsch gesprochen wurde. Das Gefühl, plötzlich Teil der Gesellschaft zu sein, ohne sich rechtfertigen oder „in Acht nehmen“ zu müssen, war großartig. Verwunderlich waren einzelne Erlebnisse. So wurde gefragt, wieso ich so gut Deutsch sprechen würde. Darauf habe ich mit

gleicher Verwunderung nur geantwortet, ja weil ich Deutscher sei. Das war meist der Beginn sehr interessanter und freundlicher Gespräche.

Sie haben eine eindrucksvolle Ausbildung: Diplom-Verwaltungswirt, Politik- und Jura-Studium, Promotion mit Magna cum laude, Professor in Hermannstadt. Neben Ihrer akademischen und politischen Tätigkeit arbeiten Sie auch noch als Rechtsanwalt in München. Wie schafft man das?

Fabritius: Nun, wenn eine Tätigkeit Freude macht, empfindet man das nicht als Belastung, eher im Gegenteil. Das erste Studium im Beamtenverhältnis war eher ein Ergebnis damaligen Sicherheitsbedürfnisses: Ich wollte unbedingt einen sicheren Arbeitsplatz, auf eigenen Beinen stehen und etwas fürs Leben schaffen. So kam ich in Kontakt mit einem auf Demokratie und bürgerlichen Freiheiten beruhenden Staatssystem. Politikwissenschaften und Jura waren dann die beiden Studien, die sich nach meinem Dafürhalten ideal ergänzten und mir viel Spaß und Freude bereitet haben. Zu meiner politischen Tätigkeit bin ich über die Gemeinschaft der Siebenbürger Sachsen gekommen. Ich habe schnell gemerkt, dass man in einer Gesellschaft nur zwei Varianten leben kann: Entweder man übernimmt selbst Verantwortung und versucht nach eigenen Überzeugungen und auf Basis der ganz eigenen Lebenserfahrung mitzugestalten, oder andere tun das für einen. Ich habe mich für das Erstere entschieden und versuche meine Erfahrung und Prägung in meine politische Arbeit – gerade auch für deutsche Heimatvertriebene, Aussiedler und Spätaussiedler –



BdV-Präsident Dr. Bernd Fabritius mit dem rumänischen Staatspräsidenten Klaus Johannis beim Gedenktag für die Opfer von Flucht und Vertreibung 2017 in Berlin (Foto: Marc-P. Halatsch/BdV)



Herzliche Begrüßung beim Jahresempfang des Bundes der Vertriebenen 2015: Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel und BdV-Präsident Dr. Bernd Fabritius (Foto: André Wagenzik/BdV)



einzubringen, und dabei gerade auch junge Menschen zum Mitwirken zu begeistern.

Welche Beziehungen haben Sie heute noch zu Ihrer Geburtsregion?

Fabritius: Das ist und bleibt ebenfalls meine Heimat und bestimmt nicht nur eine „Geburtsregion“. Dort leben viele meiner Landsleute, Siebenbürger Sachsen verstehen sich längst als grenzüberschreitende Gemeinschaft, und Siebenbürgen ist deren Wiege. Das überzeugte Ausleben der Brückenfunktion als natürliche Bestimmung solcher Gemeinschaften führt zwangsläufig dazu, dass die Beziehungen zu der ersten Heimat keinesfalls nachlassen, sondern nur anders werden. Dazu kommt noch, dass ich als Beauftragter der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und Nationale Minderheiten einen sehr engen Kontakt zu den Selbstorganisationen der Minderheit dort und auch zu den staatlichen Strukturen pflege. Als Vertreter der Bundesregierung obliegt mir die Leitung der bilateralen Regierungskommissionen für die Angelegenheiten der deutschen Minderheiten mit den Ländern, in welchen solche Kommissionen bestehen, dazu gehört auch Rumänien.

Wenn man in die Anfänge der Bundesrepublik Deutschland zurückdenkt, dann waren damals die Vertriebenen bei der Bevölkerung zunächst nicht immer willkommen, aber sie wurden später zum Motor des Wirtschaftsaufschwungs. Gerade die Sudetendeutschen haben zahlreiche Unternehmen gegründet und Arbeitsplätze geschaffen. Ist dieses eigene Trauma, die Heimat zu verlassen oder verlassen zu müssen, eine zusätzliche Motivation, etwas Neues zu schaffen?

Fabritius: Genau so ist das! Wenn jemand seine Heimat gezwungen verliert, dann hat er ein natürliches Bestreben, sich wieder eine Heimat zu erschaffen. Diese besondere „Sehnsucht nach Heimat“ war und ist als Motor nicht zu unterschätzen. Deutschland hätte ohne dieses Wirken der Heimatvertriebenen, der Aussiedler und Spätaussiedler nicht die Entwicklung genommen, über die wir uns heute alle erfreuen können.

Bereits 1950 hat der Europarat die Europäische Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten verabschiedet. Auch wenn wir in Deutschland daraus ein Menschenrecht auf Heimat ableiten, wird es nicht explizit aufgeführt. Angefangen bei der Vertreibung der Sudetendeutschen über die Beneš-Dekrete kommt es noch heute immer wieder zu völkerrechtswidrigen Vertrei-

bungen. Wäre es nicht an der Zeit, die Konvention entsprechend zu ergänzen und das Menschenrecht auf Heimat unmissverständlich aufzuführen?

Fabritius: Die staatsrechtliche Frage nach einem „Recht auf Heimat“ ist vielschichtig, wie auch die Frage, welchen konkreten Inhalt dieses Recht hat. Nach meiner festen Überzeugung ergibt sich ein solches Recht bereits aus der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte. Auch die Charta des Bundes der Vertriebenen spricht sich in sehr vorausschauender und konstruktiver Weise für ein solches Recht aus. Ergänzend fordern der Bund der Vertriebenen und ich als dessen Präsident bereits seit Jahren ein weltweites strafbewehrtes Vertreibungsverbot als korrespondierenden Ausdruck des Heimatrechtes. Dieses muss breiter aufgestellt sein als nur in den Mitgliedsstaaten des Europarates. Daher fordern wir sehr deutlich eine globale Regelung: Vertreibung muss weltweit verboten und bestraft werden!

Welche weiteren Themen haben Sie sich für Ihre Arbeit im Europarat vorgenommen?

Fabritius: Der Europarat ist Hüter von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit sowie in besonderem Maße der Menschenrechte. Auch ist hier der Schutz nationaler Minderheiten angesiedelt, der durch zwei Regelwerke sichergestellt wird. Das sind das Rahmenübereinkommen zum Schutz nationaler Minderheiten und die Charta zum Schutz von Regional- und Minderheitensprachen. Diese Regelwerke wurden in den Mitgliedsstaaten unterschiedlich ratifiziert, und sie werden unterschiedlich angewendet. Hier besteht durchaus Handlungsbedarf.

Russland droht, den Europarat zu verlassen. Wie bewerten Sie das?

Fabritius: Ich halte es für sehr wichtig, dass Russland Mitglied im Europarat bleibt. Gerade Länder, in denen Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte in Bedrängnis sind – dazu zähle ich in Teilen auch die Russische Föderation – sollten die Mitgliedschaft im Europarat mit seinen Instrumenten – etwa dem Gerichtshof für Menschenrechte oder der Venedig-Kommission – als Chance sehen. Nur so lassen sich offene Fragen in einem Dialog lösen. Das Abbrechen bestehender Dialogformate ist für eine Verbesserung unbefriedigender Situationen noch nie von Vorteil gewesen.

Die Corona-Pandemie gilt in vielen Bereichen als Brand-Beschleuniger. Beobachten Sie mit Sorge, dass in vielen Ländern populistische Politiker die Führung übernehmen?

Fabritius: Die Zunahme nationalistischer Entwicklungen – gerade auch in einigen Mitgliedsstaaten der EU – beobachte ich mit großer Sorge. Diesen Entwicklungen müssen wir, muss Europa, entgegenreten. Gerade nationale Minderheiten können dabei einen wertvollen Beitrag leisten und klar machen, dass Vielfalt und Zusammenhalt mehr Chancen bietet als ausgrenzende Nationalismen. In diesem Kontext sehe ich gerade die Heimatvertriebenen und die Heimatverbliebenen als einmalige Chance für Europa. Eine solche Brücke will und muss genutzt werden. Diese Erkenntnis wünsche ich mir auch bei einigen unserer Nachbarn. Ich bin überzeugt davon, dass Zusammenhalt und Partnerschaft in Europa gerade in einer zunehmend globalisierteren Welt das langfristig erfolgreichere Prinzip sind. ■

Das Interview führte Torsten Fricke. Abdruck mit freundlicher Genehmigung der Sudetendeutschen Zeitung

Parlamentarische Versammlung des Europarates

Die Parlamentarische Versammlung mit Sitz in Straßburg ist eines der zwei im Statut des Europarates verankerten Organe. Vertreter von 47 nationalen Parlamenten arbeiten im Rahmen der Versammlung zusammen. Die Parlamentarische Versammlung war das erste parlamentarische Gremium auf europäischer Ebene nach dem Zweiten Weltkrieg.

Zu den Rechten und Aufgaben gehören die Wahl des Generalsekretärs und des stellvertretenden Generalsekretärs des Europarats, die Wahl des Menschenrechtskommissars des Europarats sowie die Wahl der Richter des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte.

Die Versammlung zählt 318 Mitglieder und 318 Stellvertreter. Dabei hat jeder Mitgliedstaat des Europarats eine feste Anzahl an Vertretern, die von der jeweiligen Bevölkerungszahl abhängt. Deutschland, Frankreich, Italien, Russland, die Türkei und das Vereinigte Königreich bilden mit je 18 Abgeordneten (und entsprechend vielen Stellvertretern) die größten nationalen Delegationen. Die Mitglieder der Versammlung werden nicht direkt gewählt, sondern von den nationalen Parlamenten aus ihren eigenen Reihen heraus benannt.

Landespreis Flucht, Vertreibung, Eingliederung

Hessisches Ministerium des Innern und für Sport bittet um Bewerbungen bis zum 15. Juli 2021

Alle zwei Jahre prämiert die Hessische Landesregierung herausragende Arbeiten, die sich mit den Themen Vertreibung, Aussiedlung und Eingliederung der Vertriebenen sowie Spätaussiedler oder der Kultur der Vertreibungsgebiete befassen. Die 6. Vergabe des Hessischen Landespreises „Flucht, Vertreibung, Eingliederung“ im Jahr 2021 bietet dafür zahlreiche Anknüpfungspunkte – so den 70. Jahrestag der „Charta der deutschen Heimatvertriebenen“ und des „Wiesbadener Abkommens“. Die Patenschafts-Landsmannschaft des Landes Hessen, die Deutsch-Baltische Gesellschaft, konnte ihr 70-jähriges Jubiläum begehen. Ebenso die Landsmannschaft Schlesien, die Landsmannschaft Oberschlesien, die Landesgruppe Hessen des Verbandes der Siebenbürger Sachsen, die Landsmannschaft der Banater Schwaben und die Landsmannschaft der Deutschen aus Russland. Das wichtigste Datum im Jahr 2021 ist der 80. Jahrestag des Stalin-Erlasses vom 28. August 1941 zur Deportation der Deutschen in Russland.

Bewerbungen bis 15. Juli möglich

Die genannten Daten nehmen der Hessische Innenminister Peter Beuth und die Landesbeauftragte der Hessischen Landesregierung für Heimatvertriebene und Spätaussiedler, Margarete Ziegler-Raschdorf, zum Anlass und rufen kommunale, kirchliche, gemeinnützige Organisationen und die Vertriebe-

nen- und Spätaussiedlerverbände dazu auf, bis zum 15. Juli 2021 ihre Arbeiten einzureichen beim Hessischen Ministerium des Innern und für Sport, Friedrich-Ebert-Allee 12, 65185 Wiesbaden oder per Mail an landespreis@hmdis.hessen.de. Der Preis ist mit 7.500 Euro dotiert und kann auf mehrere Preisträger aufgeteilt werden. Die Preisverleihung wird im Spätherbst stattfinden. Der Rahmen steht aufgrund der Corona-Pandemie aktuell noch nicht fest.

Der Hessische Innenminister Peter Beuth unterstreicht: „Alle zwei Jahre zeigen engagierte Bürgerinnen und Bürger mit ihrer Teilnahme an diesem bedeutenden Landespreis, dass Zukunft Erinnerung braucht. Kultur und Geschichte der von Vertreibung betroffenen Deutschen sollen nicht in Vergessenheit geraten. Der beschwerliche Weg in eine neue Heimat und die erfolgreiche Eingliederung hier in Hessen sind Teil unserer europäischen Identität und dauerhafte Verpflichtung, gemeinsam Friede und Freiheit zu bewahren.“

„Der Preis soll darauf aufmerksam machen, dass rund ein Drittel aller in Hessen lebenden Bürgerinnen und Bürger entweder Flucht und Vertreibung selbst erlebt hat, durch das Schicksal der nächsten Angehörigen betroffen ist oder als Aussiedlerin oder Aussiedler hier lebt“, ergänzt Margarete Ziegler-Raschdorf.



Landesbeauftragte Margarete Ziegler-Raschdorf mit dem Hessischen Minister des Innern und für Sport, Peter Beuth (Fotos: LBHS)

Hintergrund

Aus Anlass des 60. Jahrestages der „Charta der deutschen Heimatvertriebenen“ im Jahr 2011 wird seither alle zwei Jahre der Hessische Landespreis „Flucht, Vertreibung, Eingliederung“ für herausragende, kulturelle oder literarische Leistungen aus dem Themengebiet Heimatvertriebene und Spätaussiedler vergeben. Das Interesse der jüngeren Generation ist besonders erwünscht. Hessen hat infolge des Zweiten Weltkriegs rund eine Million Heimatvertriebene aufgenommen. Seit 1979 sind rund 300.000 Aussiedler und Spätaussiedler hinzugekommen. ■

Bewerbungen bis 15 Juli an: Hessisches Ministerium des Innern und für Sport

Friedrich-Ebert-Allee 12
65185 Wiesbaden
E-Mail landespreis@hmdis.hessen.de

Die Preisträger 2019

Thema: „Zukunft braucht Erinnerung“

- Heimat- und Geschichtsverein Igstadt e.V., Buchprojekt: „Als der Krieg zu Ende war“ – Igstadt nach 1945 – Chancen und Schwierigkeiten eines Neubeginns
- Schauspieler Alexander Bräutigam und Robin Middeke, Kassel, Theaterstück: „Die Sudetenvertreibung“
- Theatergruppe des Vereins Königstädter Hofkonzerte, Rüsselsheim, Theaterstück: „Die Kartoffelkäfer“



Verleihung des Landespreises Flucht, Vertreibung, Eingliederung 2019: (v.l.) die beiden Schauspieler Robin Middeke und Alexander Bräutigam aus Kassel, Peter Beuth, Hessischer Minister des Innern und für Sport, Margarete Ziegler-Raschdorf, Landesbeauftragte der Hessischen Landesregierung für Heimatvertriebene und Spätaussiedler, Regisseurin Judith Kähler-Wehrum, Schauspielerin Doris Hofmann und Andreas Beckhaus, 1. Vorsitzender und Schauspieler von der Theatergruppe des Vereins Königstädter Hofkonzerte aus Rüsselsheim sowie Siegbert Ortmann, Vorsitzender des BdV-Landesverbandes Hessen

Ausstellung im Haus der Heimat

„Wolfskinder: Auf dem Brotweg von Ostpreußen nach Litauen 1945-1948“

Als die Rote Armee 1945 Ostpreußen eroberte, wurden zahlreiche durch den Krieg elternlos gewordene Kinder von dort vertrieben oder flüchteten nach Litauen, manche von ihnen später weiter nach Lettland oder Estland. Diese sogenannten „Wolfskinder“ haben Unvorstellbares erlebt: Der Tod naher Angehöriger, Vergewaltigungen, Angst, Hunger und der Verlust ihrer Heimat waren ständige Begleiter ihrer Kindheit. Ihre wahre Identität und auch ihre deutsche Staatsangehörigkeit erhielten sie größtenteils erst nach Ende des Ost-West-Konfliktes in den frühen 1990er-Jahren zurück. In der Folge kamen viele „Wolfskinder“ nach Deutschland als Spätaussiedler. Einige leben noch heute in Litauen.

Derzeit findet in den Ausstellungsräumen im Wiesbadener Haus der Heimat eine Ausstellung zu diesem Thema statt, die noch bis zum 9. Juli besucht werden kann. Der Eintritt ist frei. Aufgrund der geltenden Corona-Schutzmaßnahmen ist jedoch eine Anmeldung beim Kulturreferat des BdV erforderlich per E-Mail an **kulturreferat@bdv-hessen.de** oder telefonisch unter **0611 3601919**.

Die Ausstellung „Wolfskinder: Auf dem Brotweg von Ostpreußen nach Litauen 1945-1948“ besteht aus zweiundzwanzig mobilen Ständen und zehn Video-Monitoren. Die Stände präsentieren, gestützt auf authentische Berichte ehemaliger „Wolfskinder“ und ergänzt durch Familienfotos und Dokumente, geschichtliche Ereignisse



Titelbild der Ausstellung „Wolfskinder“

in Ostpreußen. Karten dokumentieren den entbehrungsreichen Weg der Kinder aus dem zerstörten Ostpreußen nach Litauen und ihre Wanderschaft durch die litauischen Ortschaften. Auf den Monitoren sind zwölf gefilmte authentische Berichte in litauischer und deutscher Sprache (mit Untertiteln) zu sehen.

Das Material für die Ausstellung haben das Museum der Okkupationen und Freiheitskämpfe beim Zentrum für Erforschung von Genozid und Widerstand der litauischen Bevölkerung, das Hugo-Scheu-Museum, das Litauische Zentrale Staatsarchiv, das Litauische Sonderarchiv, das Bundesarchiv, die Landmannschaft Ostpreußen e. V., das Bildarchiv Ostpreußen sowie Privatarchive der Familien ehemaliger „Wolfskinder“ beigesteuert. Die Ausstellung wurde mit Hilfe der Botschaft der Republik Litauen in Berlin, des in Litauen tätigen Vereins „Edelweiß-Wolfskinder“ sowie der Organisation „Kriegskinder“ in Gransee (Deutschland) umgesetzt. Einen Teil der Kosten hat die litauische Regierung übernommen.

Eröffnet wurde die Ausstellung virtuell am 2. Juni 2021 und ist jederzeit abrufbar auf dem YouTube-Kanal des BdV-Landesverbandes Hessen CULTURE TO GO unter **www.youtube.com/culturetogo**.

Zur Ausstellungseröffnung begrüßte die hessische BdV-Landeskulturreferentin Rose-Lore Scholz die digital anwesenden Gäste. Im Namen der Hessischen Landesregierung sprachen Mark Weinmeister, Staatssekretär für Bundes- und Europaangelegenheiten in Hessen, sowie die Hessische Landesbeauftragte für Heimatvertriebene und Spätaussiedler, Margarete Ziegler-Raschdorf, ein Grußwort. Beide betonten die Wichtigkeit dieser Ausstellung, da das Schicksal der „Wolfskinder“ in Deutschland immer noch weitgehend unbekannt sei. Online zugeschaltet aus Berlin war Martynas Lukoševičius, Gesandter-Botschaftsrat der Republik Litauen, der in seinem Grußwort an die gemeinsame Geschichte zwischen seinem Land Litauen und Deutschland erinnerte. Eine Einführung in die Ausstellung und Thematik gab Dr. Arūnas Bubnys, stellv. Direktor des Zentrums zur Erforschung von Völkermord und Widerstand der Bevölkerung Litauens in Vilnius. Er freue sich sehr,



BdV-Landesvorsitzender Siegbert Ortman bei Drehaufnahmen zur Ausstellungseröffnung

dass diese Wanderausstellung nicht nur in Litauen, sondern auch in der Bundesrepublik großen Anklang finde.

In seinem Schlusswort zur virtuellen Ausstellungseröffnung dankte der BdV-Landesvorsitzende Siegbert Ortman den Initiatoren der Ausstellung. Ihnen gebühre uneingeschränkter Respekt für ihre hervorragende Arbeit. „Ich bin mir ganz sicher, dass diese Veranstaltung interessante Akzente in die vertriebenenspezifische Arbeit im Haus der Heimat in Wiesbaden setzt und damit die Zukunft des BdV-Landesverbandes konstruktiv mitgestalten wird“, so Ortman.

Die Realisierung der Ausstellung im Wiesbadener Haus der Heimat wurde gefördert durch das Hessische Ministerium des Innern und für Sport. ■

Ausstellungsort

BdV-Landesverband Hessen e.V.
Haus der Heimat
Friedrichstraße 35 · 65185 Wiesbaden
Telefon 0611 3601918
E-Mail kulturreferat@bdv-hessen.de
Web www.bdv-hessen.de

Öffnungszeiten

Mi, Do.: 10.00 – 17.00 Uhr
Fr.: 10.00 – 14.00 Uhr
Eintritt frei · Anmeldung erforderlich
E-Mail kulturreferat@bdv-hessen.de
Telefon 0611 3601918
Virtuelle Ausstellungseröffnung
www.youtube.com/culturetogo

Hinweis:

Aus aktuellem Anlass wird die Ausstellung unter dem Vorbehalt des weiteren Verlaufs der COVID-19-Pandemie zugänglich sein. Eine kurzfristige Schließung ist jederzeit möglich. Änderungen vorbehalten.

Gefördert durch

Hessisches Ministerium
des Innern und für Sport



70 Jahre Landsmannschaft Schlesien

Sonderausgabe Hessen der Festschrift „70 Jahre Landsmannschaft Schlesien 1950 – 2020“ erschienen

Die Landsmannschaft Schlesien – Nieder- und Oberschlesien e.V. konnte im vergangenen Jahr ihr 70. Jubiläum feiern und hat aus diesem Anlass eine Festschrift veröffentlicht. Von dieser Festschrift ist eine „Sonderausgabe Hessen“ erschienen, die in der Fotoauswahl Bezug auf Veranstaltungen und besondere Ereignisse in Hessen nimmt. „Wie vielen anderen Landsmannschaften war es auch der Landsmannschaft Schlesien im vergangenen Jahr nicht möglich, ihr 70. Jubiläum mit einer Feierlichkeit zu würdigen. Mit der Publikation einer Festschrift hat der Bundesverband der Landsmannschaft eine bleibende Erinnerung geschaffen. Da der Landesverband Hessen der Landsmannschaft Schlesien ebenfalls sein 70-jähriges Bestehen begehen konnte, freue ich mich sehr, dass auch eine hessische Sonderausgabe dieser Festschrift erstellt wurde“, so die Landesbeauftragte für Heimatvertriebene und Spätaussiedler Margarete Ziegler-Raschdorf.

Die „Sonderausgabe Hessen“ enthält ein einleitendes Grußwort der Landesbeauftragten, die darin ihre Glückwünsche ausdrückt und auf die besondere Verbundenheit des Landes Hessen mit der Landsmannschaft Schlesien Bezug nimmt: „Hessen und Schlesien verbindet viel – 200.000 Schlesier haben nach dem Zweiten Weltkrieg in unserem Bundesland Aufnahme gefunden. Im Laufe von 70 Jahren hat sich die Landsmannschaft Schlesien zu einem modernen, zukunftsorientierten Verband entwickelt, der das Herkömmliche bewahrt, behutsam weiterentwickelt sowie zunehmend auch junge Menschen für die Geschichte und Kultur der Heimat im Osten



2018 wurde Ministerpräsident Volker Bouffier vom Bundesvorsitzenden der Landsmannschaft Schlesien Stephan Rauhut mit dem Schlesierschild ausgezeichnet.

interessiert und begeistert. Wir in Hessen sind stolz auf die im Jahr 2018 an unseren Hessischen Ministerpräsidenten verliehene höchste Auszeichnung der Landsmannschaft – den Schlesierschild.“ Der hessische Landesvorsitzende der Landsmannschaft Schlesien, Albrecht Kausch, nennt in seinem Grußwort die Namen wichtiger schlesischer Politiker auf Landes- und Bundesebene und spricht eine Einladung an alle aus, die Schlesien und seine reiche Kultur gemeinsam mit der Landsmannschaft lebendig erhalten möchten.

Die Festschrift gibt einen Überblick über die geographische Lage und die Geschichte Schlesiens, beschreibt die Zeit zwischen dem Ersten und Zweiten Weltkrieg und die Situation während des Zweiten Weltkrieges, als Schlesien aufgrund der „frontfernen Lage“ als „Reichsluftschutzkeller“ galt und viele Menschen aus bombenbedrohten Städten nach Schlesien evakuiert wurden. Schlesiens reiche Kultur, Literatur und Wissenschaft bilden ein weiteres Kapitel. In der Folge des Zweiten Weltkrieges wurden die deutschen Bewohner aus Schlesien vertrieben, mussten unter schwierigsten Bedingungen, die viele Menschen nicht überlebt haben, aus ihrer geliebten Heimat fliehen und wurden so zu Heimatvertriebenen. Nach Ankunft der Heimatvertriebenen in den westlichen Besatzungszonen konnten die Schlesier am 26. März 1950 in Bonn die „Landsmannschaft Schlesien – Nieder- und Oberschlesien e.V.“ gründen. Im Oktober des gleichen Jahres übernahm das Land Niedersachsen die Patenschaft über die Landsmannschaft Schlesien, da hier besonders viele Heimatvertriebene aus Schlesien aufgenommen worden waren.

In der Festschrift folgt ein historischer Überblick über die Entwicklung der Landsmannschaft von damals bis heute. Dr. Herbert Hupka, der von 1968–2000 mehr als 30 Jahre lang als markanter Bundesvorsitzender der Landsmannschaft Schlesien deren Geschicke am längsten und tiefsten geprägt hat, ist ein eigenes Kapitel gewidmet. Im Interview mit Stephan Rauhut, dem seit 2013 amtierenden Bundesvorsitzenden der Landsmannschaft Schlesien, geht dieser auf die Herausforderungen der letzten Jahre ein und gibt einen Ausblick auf die künftige Rolle der Landsmannschaft.



Dem Haus Schlesien, das sich in Königswinter im Siebengebirge in der Nähe von Bonn befindet, ist ein weiteres Kapitel gewidmet. Es ist Sitz der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Schlesien und Zentrum für Kultur und Geschichte Schlesiens, dient als Kultur-, Bildungs-, Dokumentations- und Informationszentrum. Den „Schlesischen Nachrichten“, seit 1986 offizielles monatlich erscheinendes Verbandsorgan, ist ebenso ein Beitrag gewidmet wie dem beeindruckenden, im Jahr 2006 eröffneten Schlesischen Museum zu Görlitz.

„Mit dieser Festschrift ist es gelungen, eine umfassende und kurzweilige, informative Darstellung zur Landsmannschaft Schlesien und ihrer Geschichte zu präsentieren. Es freut mich insbesondere, dass sich das letzte Kapitel dieser Festschrift der Zukunft widmet und hervorhebt, dass die Landsmannschaft Schlesien im digitalen Zeitalter, mit Website und Sozialen Medien angekommen ist und damit auch jüngere Generationen ansprechen kann und will. Ich kann der Landsmannschaft Schlesien und ihrem Bundesvorsitzenden Stephan Rauhut zu dieser gelungenen Festschrift nur sehr herzlich gratulieren und mich für die „Sonderausgabe Hessen“ als Zeichen der Verbundenheit bedanken. Schon mehrfach war Hessen gerne Gastgeber und Diskussionspartner der Landsmannschaft bei deren Tagungen. Ich freue mich, auch in Zukunft für Schlesien und die Belange der Landsmannschaft Schlesien einzutreten“, so Margarete Ziegler-Raschdorf. ■



Weiterhin großes Interesse am Aufnahmeverfahren

Spätaussiedlern ist auch in Pandemie-Zeiten die Aufnahme in Deutschland möglich

„Auch in Zeiten der Corona-Pandemie ist es Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedlern möglich, nach Deutschland einzureisen. Die Aufnahme von Spätaussiedlern bleibt, unabhängig vom Infektionsgeschehen, weiterhin erlaubt. Um die Gesundheit der Bürgerinnen und Bürger zu schützen und eine zusätzliche Verbreitung des Virus zu verhindern, sind dabei spezielle Vorkehrungen zu treffen. Dazu gehören insbesondere die Quarantäne nach Ankunft in Deutschland, eine zeitliche Steuerung der Einreise, eine verkürzte Visadauer und die Verpflichtung zum Corona-Test“, erklärte Margarete Ziegler-Raschdorf, Hessens Landesbeauftragte für Heimatvertriebene und Spätaussiedler.

Spätaussiedler sind Deutsche aus Mittel- und Osteuropa sowie den Staaten der ehemaligen Sowjetunion, die auf Grund der Folgen des Zweiten Weltkrieges ihre angestammten Heimatgebiete verlassen und wegen ihres anerkannten Kriegsfolgeschicksals in Deutschland Aufnahme finden können. Bereits seit dem Jahr 2013 steigen die Einreisezahlen der Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler, die in die Bundesrepublik

Deutschland kommen, aufgrund der im Herbst 2013 erfolgten Gesetzesänderung im Bundesvertriebenengesetz mit Erleichterungen bei der Familienzusammenführung langsam, aber kontinuierlich an. Diese Entwicklung konnte man bis zum vergangenen Jahr auch in Hessen feststellen. Lagen die Einreisezahlen im Jahr 2013 noch bei 185 Personen (Deutschland insgesamt: 2.427 Personen), so kamen in den darauffolgenden Jahren durchschnittlich rund 500 Spätaussiedler nach Hessen. Im Jahr 2019 waren es insgesamt 537 Personen (Deutschland insgesamt: 7.155 Personen).

„Im Jahr 2020 haben sich die Einreisezahlen der Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler in der Bundesrepublik Deutschland und damit auch in Hessen erstmals wieder rückläufig entwickelt. Der Rückgang hängt mit der Corona-Pandemie zusammen und ist nicht als allgemeine Trendwende im Spätaussiedler-Zuzug zu werten“, macht Hessens Landesbeauftragte für Heimatvertriebene und Spätaussiedler deutlich. Im Jahr 2020 kamen insgesamt 4.309 Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler in die Bundesrepublik

Deutschland, davon wurden 316 Personen dem Bundesland Hessen zugewiesen. Nach wie vor besteht ein großes Interesse am Aufnahmeverfahren. Dies belegen die Antragszahlen. So stellten im vergangenen Jahr 21.532 Personen einen Antrag auf Aufnahme nach dem Bundesvertriebenengesetz. Dies sind 8.335 Anträge mehr als im Vorjahr 2019. Es ist daher wahrscheinlich, dass auch die Zugangszahlen mittelfristig wieder steigen werden. Die auch in Pandemie-Zeiten mögliche Einreise für Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler in die Bundesrepublik Deutschland und somit auch nach Hessen zeigt, dass die Einreise-, Quarantäne- und Testkonzepte, die die Bundesregierung hierfür entwickelt und umgesetzt hat, funktionieren. „Als zuständige Landesbeauftragte stehe ich hierzu im regelmäßigen Austausch mit der Bundesebene. Ich freue mich, dass die Bundesregierung auch in schwierigen Zeiten ihre Zusagen erfüllt und den Weg nach Deutschland offenhält. Trotz Corona-Pandemie ist und bleibt die Einreise für Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler weiterhin möglich“, so Margarete Ziegler-Raschdorf abschließend. ■

Rechtliche Grundlagen und Migrationsberatung

Spätaussiedler sind Nachkommen von Deutschen aus der ehemaligen Sowjetunion und anderen osteuropäischen Staaten, die durch ein spezielles Aufnahmeverfahren ihren Aufenthalt in Deutschland begründet haben.

Bescheinigung des Spätaussiedlerstatus

Mit der Anerkennung als Spätaussiedler erhalten Zugewanderte automatisch die deutsche Staatsangehörigkeit. Maßgeblich in dem vom Bundesverwaltungsamt durchgeführten Aufnahme- und Bescheinigungsverfahren ist ihre Nachkommenschaft zu Deutschen. Die gesetzliche Grundlage für die Aufnahme von Spätaussiedlern ist das Bundesvertriebenengesetz (BVFG). Familienangehörige können auf Antrag gemeinsam mit dem Spätaussiedlerbewerber nach Deutschland aussiedeln. Seit dem 1. Januar 2005 müssen sie dafür Grundkenntnisse der deutschen Sprache nachweisen.

Ankunft in Deutschland

Nach der Registrierung in einer Erstaufnahmeeinrichtung des Bundes verteilt das Bundesverwaltungsamt die Spätaussiedler auf die Bundesländer. Seit 31.12.2009 besteht allerdings keine Wohnortbindung mehr.

Integrationskurs

Auf die kostenlose Teilnahme an einem Integrationskurs haben Spätaussiedler und ihre Angehörigen einen gesetzlichen Anspruch. Die Kosten übernimmt das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge. Die Teilnahmeberechtigung wird direkt bei der Einreise nach Deutschland vom Bundesverwaltungsamt in Friedland verteilt. Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene, die in Deutschland zur Schule gehen, haben keinen gesetzlichen Anspruch auf einen Integrationskurs.

Migrationsberatung für erwachsene Zuwanderer

Der BdV-Landesverband Hessen unterhält in Wiesbaden (Haus der Heimat, Friedrichstr. 35, 65185 Wiesbaden) eine Migrationsberatungsstelle – zusätzlich bietet die Landmannschaft der Deutschen aus Russland e. V. an zwei weiteren Standorten die MBE-Beratung an. Ausführliche Informationen unter www.bdv-hessen.de/themen/migrationsberatung



Straßenbahnschienen im Fundament

Heimatvertriebene bauen sich ihr Gotteshaus

Die Eingliederung der deutschen Heimatvertriebenen nach ihrer Ankunft im Westen hatte viele Facetten. Nach der einigermaßen gelungenen häuslichen, beruflichen und gesellschaftlichen Eingliederung ist für diese Menschen auch schon bald nach deren Ankunft die kirchliche Eingliederung zunehmend ein Thema geworden. Nach dem Zusammenbruch des Dritten Reiches gehörten die Kirchen zu den wenigen noch funktionierenden gesellschaftlichen Institutionen. Ihr Einfluss auf die Besatzungsmächte und die deutsche Bevölkerung war nicht unbedeutend. Man erwartete von ihnen richtungsweisende Worte und eine ethische Orientierungshilfe in der Aufbruchstimmung des politischen und wirtschaftlichen Neubeginns. Bei der Bewältigung der Sorgen und Nöte des täglichen Lebens waren die Kirchen deshalb eine tatkräftige Unterstützung.

Doch schon bald nach Ankunft der Heimatvertriebenen waren religiöse und kirchliche Probleme vor Ort vorprogrammiert und erschwerten oft auch die anstehende Eingliederung. „Kamen die Vertriebenen in Gebiete ihrer Konfession, so hatten sie zumindest Kirchen und Seelsorger, wenn sie oft auch anderen Riten und Gebräuchen begegneten, anderen Liedern oder anderen Melodien und Gebeten. Schwierig war es, wenn man in das Gebiet der anderen Kon-

fession kam. Zwar wurden oft evangelische Gotteshäuser den neuen katholischen Gemeinden zur Verfügung gestellt, doch war es schwierig, eine günstige Gottesdienstzeit zu finden. Eine wichtige Frage für Katholiken war die Wochentagsmesse, da die evangelische Kirche nur am Sonntag zur Verfügung stand. So zelebrierte der Vertriebenenpriester oft in seinem Wohnraum. Prozessionen wie an Fronleichnam oder Marienandachten waren kaum möglich. Es kam zu einer Verarmung des religiösen Lebens. In der Diaspora hatten die Priester weite Gebiete zu betreuen.“ (Mitteilung Haus Königstein 1/2021). Die Folge war, dass es in vielen Diasporaregionen schon bald zur Gründung von konfessionellen Kirchbaufördervereinen kam, die mit Spenden und freiwilligen Bauhelfern oft überwiegend in Eigenhilfe ihr eigenes Kirchengebäude errichteten.

An einem Beispiel im südhessischen Kreis Groß-Gerau soll die damalige Situation näher veranschaulicht werden: Das Bistum Mainz, zu dem die katholischen Pfarrgemeinden im Kreis Groß-Gerau zählten, hatte 182.000 heimatvertriebene Katholiken zu betreuen. Es galt nun, in weitgehend evangelischen Gegenden eine geordnete katholische Seelsorge aufzubauen oder die bereits bestehende zu erweitern. Bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges waren rund 76 Prozent der Bevölkerung im Kreis

Groß-Gerau evangelisch und nur rund 18 Prozent katholisch. In nur fünf Gemeinden des Kreisgebietes lebte eine überwiegend katholische Bevölkerung, in den übrigen Gemeinden waren die Protestanten in der Mehrheit. Dieser konfessionelle Wandel im Kreis durch den Zuzug zahlreicher Katholiken aus dem Sudetenland führte 1951 zur Errichtung des katholischen Dekanates Rüsselsheim.

Welche Schwierigkeiten bis zur Errichtung eines eigenen Gotteshauses bewältigt werden mussten, soll an einem Beispiel aus der damals überwiegend protestantisch geprägten Altrheingemeinde in Stockstadt am Rhein verdeutlicht werden, in der die Katholiken im Jahre 1933 drei und im Jahre 1950 21 Prozent ausmachten. Ein ehemaliger Ministrant Heinrich Schödl erinnert sich: „Als der Krieg beendet, Deutschland geteilt, Familien zerrissen und die Heimat verloren war, blieb vielen Vertriebenen und Flüchtlingen nur eine Heimat: ihre Kirche, ihr Glaube. Sie kamen in eine Gegend, in der es keine Kirche ihres Glaubens gab. So war es auch in Stockstadt, als wir 1946 hierherkamen. Da war die Frage: Wo ist die Heilige Messe? Für uns war das Nächstliegende das Philipppshospital. So wurde jeden Sonntag drei Kilometer dorthin gepilgert. Ich weiß noch gut, es war Winter und es lag viel Schnee, genügend warme Kleider zum Anziehen hatten wir nicht. Unsere Mutter schlug Decken um uns, und so liefen wir los. Nach dem für uns langen und kalten Weg kamen wir in der gut beheizten Kirche an. Nach dem Schlusslied ‚Großer Gott wir loben dich‘ wurden wir wieder in die Decken gehüllt und der Weg ging zurück.

Zehn Jahre war dies für uns die einzige Möglichkeit, um an Sonn- und Feiertagen die Heilige Messe mitzufeiern. Ab Mariä Lichtmeß wurde dann an jedem Montagmorgen im Keller der neugebauten Schule in Stockstadt eine heilige Messe für die älteren Leute zelebriert, denen der Weg zum Philipppshospital zu anstrengend war. Im August 1956 brachten Gespräche mit der Schulleitung und der politischen Gemeinde, dass wir in der Schulturnhalle die heilige Messe feiern konnten. Die Vorbereitungen waren mit viel Arbeit verbunden. Für die Festtage, an Weihnachten, Ostern und Pfingsten, hatte unser Pfarrer, der für Technik immer etwas übrig-



Die katholische Kirche „Heilige Maria – Königin des Friedens“ in Stockstadt wurde von Heimatvertriebenen überwiegend in Eigenhilfe errichtet. (Foto: privat)



hatte, ein Tonband mit Orgelmusik bespielt. Später wurde dieses Tonband durch ein altes Harmonium ersetzt. Während dieser Zeit fanden wochentags auch Heilige Messen, Rosenkranzandachten, Ministranten- und Singstunden in vier verschiedenen Wohnungen statt. Zu den Andachten wurden aus der Nachbarschaft Stühle zusammengetragen, um genügend Sitzgelegenheiten zu bekommen. Da ein Raum zu klein war, wurde noch ein Raum zum Schlafzimmer geöffnet. Wir Jüngeren zogen es vor, das Schlafzimmer zu besetzen, denn das Sitzen auf den Betten war weitaus bequemer als auf den Stühlen. Wir entgingen darüber hinaus auch den strengen Blicken der Erwachsenen, wenn an unserem Gesichtsausdruck nicht gerade tiefe Andacht abzulesen war.

Diese Ära fand erst ihren Abschluss, als am Pfingsten 1961 die erste Heilige Messe in unserer neu errichteten Kirche zelebriert werden konnte. Doch was war bis dahin geschehen? Nach dem ersten Spatenstich durch den damaligen Pfarrer Heinrich Schäfer im November 1957 begann auf der Baustelle reges Leben. Männer und Frauen,

Jung und Alt begannen mit dem Bau unserer Kirche. Wir Kinder wurden in erster Linie für leichtere Arbeiten abgestellt, wie Schaufeln, Wasserpumpen, Nägel aus alten Teilen herausziehen. Gearbeitet wurde dann, wenn es unserem Pfarrer gelungen war, billiges Material heranzuschaffen. Weil Material knapp und teuer war, fanden im Fundament allerlei Dinge Platz, die dort normalerweise nicht hingehören: Straßenschienen der HEAG, der Rahmen eines alten Fahrrades und sogar Teile eines Kinderwagens. Und so wuchs unsere Kirche und die Gemeinschaft, die sie baute. Es wären viele Namen zu nennen, die geholfen haben, die immer da waren und es finanziell ermöglichten. Viele von ihnen leben nicht mehr, doch ihr Werk steht noch. Unsere Aufgabe ist es, diese Kirche zu erhalten. Ich freue mich, dass ich dabei sein durfte."

Aus einem alten Baubericht ist zu entnehmen, dass im Juli 1960 die Rohbauarbeiten soweit abgeschlossen waren und der Grundstein von Dekan Held eingemauert werden konnte. Die bunten Oberfenster wurden von einigen Mitgliedern der Kir-

chengemeinde gespendet und mit deren Namen versehen. Nach und nach wurde die Kirche mit gebrauchtem Mobiliar eingerichtet. So kamen die Kirchenbänke von der Kirchengemeinde Seligenstadt und der Altar aus der Kirche Goddelau.

In einem Grußwort anlässlich der 25-jährigen Grundsteinlegung im Jahre 1985 schrieb der damalige Mainzer Bischof Kardinal Karl Lehmann an die Gemeinde: „Die Gemeinde, die im Jahre 1960 an den Feierlichkeiten teilgenommen hatte, bestand größtenteils aus Heimatvertriebenen, denen der Schrecken und die Unsicherheit bei der Suche nach einer neuen Bleibe sicher noch gut im Gedächtnis waren. Die Verlegung des Kirchengrundsteins mag eines der Zeichen dafür gewesen sein, dass man in der neuen Umgebung Halt fand und nun auch in der Gemeinde ‚vor Anker gehen‘ konnte.“

Nachweislich wurden im Dekanat Rüsselsheim, das der Fläche des Kreises Groß-Gerau entspricht, in den Jahren von 1957 bis 1987 insgesamt 19 Kirchen neu errichtet oder erweitert. ■

Erinnern an die Opfer der Vertreibung

Das Vertriebenenedenkmal in Groß-Gerau

In der Kreisstadt Groß-Gerau erinnert ein steinernes Denkmal mit einer beschrifteten Bronzeplatte an zentraler Stelle des Friedhofs an die Opfer der Vertreibung. Das steinerne Mahnmal wurde 1956 errichtet und trägt die Inschrift: „Den Toten der Heimat. Den Opfern der Vertreibung“.

Die Bronzetafel von 1999 wurde vom BdV-Ortsverband Groß-Gerau und der Kreisstadt Groß-Gerau gestiftet und trägt folgende Inschrift:

15 MILLIONEN DEUTSCHE WURDEN NACH DEM ZWEITEN WELTKRIEG AUS IHRER HEIMAT VERTRIEBEN.

AUS OSTDEUTSCHLAND – OSTPREUSSEN, OSTBRANDENBURG, SCHLESIEN – AUS DEM SUDETENLAND UND AUS DEN DEUTSCHEN SIEDLUNGSGEBIETEN OST- UND SÜDOSTEUROPA.

IN ERINNERUNG AN IHRE HEIMAT IM OSTEN UND ZUM GEDENKEN

AN DIE ÜBER 2 MILLIONEN TOTEN DER FLUCHT, DEPORTATION UND VERTREIBUNG WURDE 1956 DIESES MAHNMAL ERRICHTET.

BUND DER VERTRIEBENEN, ORTSVERBAND GROSS-GERAU UND DIE KREISSTADT GROSS-GERAU.

IM FEBRUAR 1999

BdV-Kreisverband Groß-Gerau e.V.

Postfach 11 41

64501 Groß-Gerau

E-Mail bdvkreisverbandgg@gmail.com

Web www.bdv-kvb-gg.de

Geschäftsführer: Otto Chwalkowski

Zahmenhofstraße 16

64521 Groß-Gerau

Telefon 06152 2375



Mahnmal mit Bronzetafel (Foto: Carsten Becher)

Das Vertriebenenproblem als Herausforderung der Kirchen

Die katholische Kirche im Lahn-Dill-Kreis und die Heimatvertriebenen

In der Dokumentation über die Vertreibung, Aufnahme und Eingliederung der Heimatvertriebenen und Flüchtlinge im Lahn-Dill-Kreis schrieb der damalige Pfarrer Robert Röder:

„In vielen Orten des alten Dillkreises wurden in den 50er-Jahren katholische Kirchen errichtet, also auch dort, wo seit der Reformation kein katholischer Gottesdienst mehr stattgefunden hatte. Schickte sich die römische Kirche in den Nachkriegsjahren an, in überwiegend evangelische Gebiete vorzudringen und im Sinne einer neuen Gegenreformation zurückzuerobern? Keineswegs!

Wir alle erinnern uns, dass nach dem Ende des letzten unglückseligen Krieges Tausende von Menschen aus dem mittelost- und südosteuropäischen Raum unseres Vaterlandes vertrieben wurden. In unserem Dillenburg-Raum wurden durch ein unbarmherziges Schicksal vor allem Katholiken aus dem Sudetenland verschlagen, die hier, in überwiegend protestantischer Umgebung, eine neue Heimat finden mussten. Die Sudetendeutschen brachten, neben der Erinnerung an ihre geliebte Heimat, auch ihren Glauben und ihre Frömmigkeit mit in die neue Umwelt. Hier hatte die katholische Kirche eine wichtige Aufgabe zu erfüllen, nämlich den vielen Vertriebenen ihre katholische Heimat in neuer Umgebung so weit wie möglich zu erhalten und neu zu gestalten, alte Traditionen mit neuen Formen zu verbinden.

Nicht unerwähnt bleiben soll, dass viele evangelische Kirchengemeinden ihre Gotteshäuser für die heimatvertriebenen Katholiken öffneten, die hier die Heilige Messe feiern konnten. Für unsere ostdeutschen Menschen mit ihrer eigenen von Gemüt, Farbe, Zeichen und Symbol geprägten Frömmigkeit war es allerdings schwer, sich in den meist ausschließlich von protestantischer Wortfrömmigkeit gestalteten Kirchen calvinistischer Tradition wirklich zu Hause zu fühlen. So erkannte die katholische Bistumsleitung in Limburg, dass in der Heimatvertriebenen-Diaspora unbedingt katholische Gotteshäuser zu bauen seien. In den zehn Jahren nach Kriegsende waren im Bistum Limburg 50 katholische Kirchen errichtet worden.

400 Jahre lang, nach der abendländischen Glaubensspaltung des 16. Jahrhunderts, leb-



„Herz-Jesu-Kirche“ in Dillenburg: Durch den Zuzug der Heimatvertriebenen 1946 war die Kirche zu klein geworden, deshalb entschloss man sich 1956 für einen Abriss und den Neubau dieser Kirche. (Foto: Wikimedia Commons, Frank Vincentz, 2008, CC BY-SA 3.0)

ten sich die römische Kirche und die Kirchen der Reformation auseinander, grenzten sich immer mehr voneinander ab und – Gott sei es geklagt – bekämpften sich auch. Es gab nach dem Prinzip „cuius regio eius religio“ fast rein katholische und fast rein evangelische Gebiete. Ein Christ mit einem anderen Gesangbauch galt oft als Außenseiter. Dieses starre Nebeneinander der Konfessionen wurde zwar durch die im 20. Jahrhundert wachsenden Großstädte, die zunehmende Industrialisierung und die damit verbundene Konzentrierung von Menschen schon leicht aufgeweicht. Aber eigentlich wurde erst nach dem letzten Weltkrieg, durch die infolge der Politik der „Großen“ willkürlich verfügte Aussiedlung der Deutschen aus dem Osten, eine „hautnahe“ Begegnung von Christen verschiedener Konfessionen notwendig. Nun entdeckte man immer mehr, dass der andere Christ auch ein gläubiger Mensch ist, dass er zwar andere Eigenarten, aber doch auch Vorzüge aufzuweisen hat, von denen man lernen konnte. Man interessierte sich immer mehr füreinander, ja man entschloss sich sogar, miteinander zu beten und ökumenische Gottesdienste zu feiern. Arbeitsgemeinschaften, Konferenzen, Tagungen und Feiern erhielten zunehmend ökumenisches Gepräge.

Wir Katholiken haben von den evangelischen Christen wieder neu die hohe Wertschätzung der Bibel als die gemeinsame Grundlage unseres christlichen Glaubens gelernt. In vielen evangelischen Gemeinden wird heute wieder viel öfter das Abendmahl gefeiert, erstmals

halten wieder verdrängte Zeichen und Symbole Einzug in die Liturgie, zweifellos ange-regt durch die starke sakramental betonte Frömmigkeit in der katholischen Kirche. War die Vertreibung der Ostdeutschen, die meist in evangelischen Gebieten Deutschlands ihre neue Heimat fanden, wirklich nur ein „unbarmherziges Schicksal“, wie im Anfang formuliert wurde? War alles nur blinder Zufall oder Folge grausamer Politik? Für einen wirklich glaubenden Menschen ist die Geschichte nicht reines Zufallsgeschehen. Sie ist immer auch „Heilsgeschichte“, so verworren sie sich dem menschlichen Urteil auch oft präsentiert. Denn letztlich ist Gott der Herr der Geschichte.

Hat demnach der eingangs angesprochene „Vormarsch“ der katholischen Kirche in dieses vom Protestantismus geprägten Gebiet, hat die Errichtung katholischer Gotteshäuser und katholischer Gemeinden vielleicht doch einen Sinn gehabt? Ist die Geschichte unseres Gebietes an Lahn und Dill vielleicht auch Heilsgeschichte? Und haben wir Christen verschiedener Konfessionen nicht deshalb auch eine heilsgeschichtliche Aufgabe? Dass zunächst einmal jeder Christ, ob evangelisch oder katholisch, seinen Glauben noch tiefer, noch überzeugender lebt? Und wir, die Christen der verschiedenen Bekenntnisse, dann noch mehr miteinander reden und beten, noch mehr voneinander lernen? Ich bin der Meinung, dass hier unsere gemeinsame Aufgabe liegt.“ ■

Nationalsozialistischer Kirchenkampf im Sudetenland

Ein Egerländer Domkapitular, Religionspädagoge und Märtyrer stirbt im Konzentrationslager Dachau

Unter den vielen sudetendeutschen Priestern, die im KZ-Dachau den Tod fanden, war auch der Egerländer Anton Gebert. Er stammte aus Westböhmen und wurde am 10. April 1885 in Heiligenkreuz bei Plan im Kreis Tachau in einer bäuerlichen Familie geboren. Sein Onkel war Dr. Theobald Scharnagl, der Abt des nordböhmischen Zisterzienserstiftes Osseg. Der junge Anton besuchte das erzbischöfliche Konvikt in Mies, wo er am dortigen Staatsgymnasium 1905 das Abitur machte.

Nach dem Theologiestudium in Prag wurde er am 18. Juli 1909 zum Priester geweiht. Sein ganzes Wirken galt der Religionslehre, zunächst als Katechet in Asch St. Niklasberg, dann in Altrohlau bei Karlsbad, später an der Lehrerbildungsanstalt in Mies, am Realgymnasium in Plan und an der deutschen Lehrerbildungsanstalt in Prag. An der Theologischen Fakultät der Deutschen Universität in Prag war er auch Lehrbeauftragter für Katechetik und Religionspädagogik. Seit 1934 war er Mitglied des Domkapitels zu St. Veit in Prag, in dem alle Mitglieder infuliert waren, d. h. das Recht hatten, die Mitra zu tragen. Im Erzbischöflichen Konsistorium zu Prag leitete Dr. Gebert das Referat Schulwesen. Außerdem war er Rektor der St. Salvatorkirche in Prag, der Kirche für die Deutschen in der Böhmisches Hauptstadt. 1938 übernahm er nach dem Münchner Abkommen noch die Redaktion des Prager Kirchenblattes, der Kirchenzeitung für die Deutschen in der Rest-Tschechoslowakei.

Als Hitler am 15. März 1939 Prag besetzte und das Protektorat Böhmen und Mähren schuf, wurde Dr. Gebert stellvertretender Standortpfarrer der Deutschen Wehrmacht in Prag. In dieser Funktion hörte er von Offizieren manches kritische Wort über Hitler und die militärische Lage, das er auch weitergab. Über den Hitler-Stalin-Pakt vom 23. August 1939 äußerte sich Gebert entschieden negativ, doch war er so deutschnational eingestellt, dass er nach dem Ende des Polenfeldzuges 1939 einen Dankgottesdienst zelebrierte. Ende 1940 beauftragte ihn der Prager Kardinal Karel Kašpar, er solle sich als erzbischöflicher Beauftragter für inhaftierte Priester einsetzen. Weil dies Dr. Gebert engagiert tat, wurde er bereits am 7. Januar 1941 verhaf-



Domkapitular Dr. Anton Gebert (rechts) beim feierlichen Pontifikalamt im Veitsdom zu Prag

tet und wegen illegalen Rundfunkhörens und Berufung auf das Heimtückegesetz vor Gericht gestellt. Der Oberstaatsanwalt beim Deutschen Landgericht Prag XIX erhob am 12. Juni Anklage gegen Dr. Gebert und nannte unter anderem als Grund „gehässige, hetzerische und von niedriger Gesinnung zeugende böswillige Äußerungen über leitende Persönlichkeiten des Staates oder der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei, über ihre Anordnungen oder die von ihnen geschaffenen Einrichtungen.“

In den Orten seiner engeren Heimat und seinen früheren westböhmischen Wirkungsstätten, die im Deutschen Reich lagen, aber kirchlich zur Erzdiozese Prag gehörten und vom deutschen Generalvikar in Schlackenwerth verwaltet wurden, wandten sich mutige Bürger, sogar Bürgermeister und Ortsgruppenleiter der NSDAP, an den Reichsstatthalter in Prag und baten um die Freilassung des hochgeschätzten Priesters. Manche dieser Bittsteller verloren daraufhin ihre Ämter. Nach Verbüßung der Strafe wurde Domkapitular Gebert nicht freigelassen, sondern zunächst nach The-

resienstadt und von dort am 1. Mai 1942 ins KZ Dachau überstellt. Hier trug er als Häftling die Nr. 29.994. Er war durch die Haft bereits gesundheitlich sehr geschwächt, wurde aber in Dachau schikaniert und zum Tragen der schweren Essenskübel eingeteilt. Während später die Esskessel mit Wagen zu den einzelnen Blöcken und Baracken gebracht wurden, sollte das Tragen eine Tortur für die Priester sein.

Über die Schikanen in Dachau gegenüber Priestern gibt es detaillierte Schilderungen von Überlebenden: die Demütigungen der Aufnahme-prozedur und die gehässigen Kommandoparolen gegen die „Saupfaffen“. Schon bald zog sich Dr. Gebert beim Schleppen der schweren Essenskübel einen Lungenriss zu und starb bereits am 18. Mai 1942. Seine Asche wurde auf dem Friedhof in Heiligenkreuz von Weihbischof J. N. Remiger aus Prag und Generalvikar Karl Bock aus Schlackenwerth beigesetzt. Nach der Vertreibung der Deutschen wurden alle deutschen Grabsteine auf dem Heiligenkreuzer Friedhof entfernt, sodass nichts mehr an diesen sudetendeutschen Priestern erinnert.

Rudolf Grulich

Aufbruch aus dem Glauben

Gedanken der Rache und der Vergeltung sollen nicht Macht gewinnen

„Aufbruch aus dem Glauben“ – so nannte sich 1982 eine längst vergriffene Dokumentation von Franz Lorenz über die katholischen Heimatvertriebenen. Sie zeigte den Neuanfang im Deutschland der Nachkriegszeit, der bereits Ende 1945 eingeleitet wurde, d.h. vor den organisierten Massenvertreibungen der alliierten Siegermächte. „Not ist Anruf Gottes“ besagt ein anderer Titel, der für die Festschrift für Pater Paulus Sladek zu seinem diamantenen Priesterjubiläum gewählt wurde. Viele Heimatvertriebene gedenken noch heute, 75 Jahre nach dem Höhepunkt der Vertreibung gerne der Heimatpriester, die mit ihren Gläubigen ihre Heimat verloren, aber sich die Worte der Heiligen Schrift zu Herzen nahmen und als ihnen von Gott gestellte Aufgabe sahen: „Tröstet, tröstet mein Volk!“ Diese Worte des alttestamentlichen Propheten nach der Vertreibung des Volkes Israel standen über dem Wirken jener Heimatpriester beider Konfessionen, die zu Hunderten das Schicksal der Vertreibung trugen. Katholische und evangelische Geistliche saßen auf Kisten der Viehwaggons bei den Vertreibungszügen. Andere, die als Sanitäter in die Wehrmacht eingezogen wurden, durften nach dem Ende der Gefangenschaft nicht mehr in die Heimat zurückkehren, sondern mussten ins kriegszerstörte Deutschland. Einige von ihnen wollen wir im 75. Jahr der organisierten Vertreibung vorstellen: Als ersten den Augustinerpater Paulus Sladek, andere werden folgen, auch Geistliche der evangelischen Landeskirchen im Osten.

Pater Sladek ist 1908 im nordböhmisches Ort Trebnitz bei Lobositz an der Elbe geboren und wurde auf den Namen Fritz getauft. 1926 war der junge Sladek wie manche der begeisterten Mitglieder des Bundes „Staffelstein“ bei den Augustinern eingetreten und hatte dort den Ordensnamen Paulus erhalten. Das Noviziat machte er im fränkischen Münnerstadt, seine Studien absolvierte er in Prag, wo er 1931 zum Priester geweiht wurde und 1933 an der Deutschen Universität zu Prag zum Doktor der Theologie promovierte. Als Assistent und Lehrbeauftragter für Dogmatik an der Theologischen Fakultät in Prag, als Akademischer Prediger in der Salvatorkirche und Geistlicher Beirat des katholischen Jugend-Bundes „Staffelstein“ machte sich Pater Paulus früh einen Namen. Da er nach Hitlers Einmarsch in Prag und nach dem Ausbruch des Zweiten Weltkrieges schon bald mit der Gestapo Schwierigkeiten bekam, meldete er sich zur Wehrmacht und erlebte in einer Sanitätskompanie den Zweiten Weltkrieg in der Ukraine, Rumänien und Polen.

Im Herbst 1945 gelangte Pater Paulus nach kurzer amerikanischer Gefangenschaft nach Bayern, denn er durfte nicht mehr in seine böhmische Heimat zurückkehren. Er fand Arbeit als Geistlicher Leiter bei der neu gegründeten Kirchlichen Hilfsstelle in München, die sich damals der Vertriebenen annahm. Obwohl Pater Paulus als Augustiner auch nach dem Krieg stets die

Gemeinschaft mit seinen Ordensmitbrüdern lebte und in Stuttgart-Sillenbuch und in Zwiesel neue Klöster seines Ordens aufbaute, ist doch seine größte Leistung die als Priester, Theologe und Organisator der Flüchtlings- und Vertriebenenseelsorge.

Schon auf ihrer Fuldaer Konferenz am 15. August 1945 hatten die deutschen Bischöfe die Errichtung einer kirchlichen Hilfsstelle in Frankfurt beschlossen. Ende 1945 besprach der Leiter der deutschen Auslandsseelsorge Albert Büttner mit Pater Paulus, Hans Schütz und Richard Mai in München die Aufgaben und die Gründung einer weiteren Hilfsstelle in München, deren Seele Pater Paulus wurde.

Es galt nach Kriegsende, die vertriebenen Priester zu erfassen, sie materiell zu betreuen, sie in der Seelsorge für die Vertriebenen effektiv einzusetzen, und vor allem im kirchlichen Bereich bei den Einheimischen Verständnis und Unterstützung für die Vertriebenen zu gewinnen. All das wurde zügig umgesetzt.

Pater Paulus regte die Bestellung von Flüchtlingsseelsorgern an und die Abhaltung von Tagungen, Schulungen und Weiterbildungsseminaren für die Vertriebenenseelsorge, er organisierte die ersten Vertriebenenwallfahrten und predigte dabei selbst. Seine Artikel, Memoranden und Predigtskizzen haben nicht nur Anregung gebracht, sondern viel bewegt und sind bis heute Grundlage einer noch nicht geschriebenen Theologie der Vertriebenenseelsorge.

Von ihm stammt das Sühne- und Gelöbnisgebet, das seit 1946 bei vielen Gottesdiensten und Wallfahrten der Vertriebenen gesprochen wurde und das bereits vorwegnimmt, was später die Eichstätter Erklärung 1949 und die Charta der Heimatvertriebenen 1950 ausdrückten: „Gedanken der Rache und der Vergeltung sollen nicht Macht gewinnen über unsere Herzen.“ Es bestand damals die Gefahr der Radikalisierung der Vertriebenen. Stalin hoffte auf die Revolution in Deutschland, wenn dieses zerstörte Land 15 Millionen verbitterter Menschen aufnehmen musste. Pater Paulus und den Heimatpriestern ist es zu verdanken, dass schon 1950 in der Charta der Heimatvertriebenen auf Rache verzichtet wurde.



Jahrestagung der Ackermann-Gemeinde im August 1955 in Passau: (3.v.r.) Johannes Nepomuk Remiger, Weihbischof in Prag und (4.v.r.) Augustinerpater Dr. theol. habil. Paulus Friedrich Sladek (Foto: KNA-Bild)



Hand in Hand damit ging sein Bemühen, eine neue Nachbarschaft mit den Völkern des Ostens aufzubauen. Das hat Pater Paulus bereits im Kriege in Prag begonnen, als litauische und ukrainische Studenten von Professor Adolf Kindermann ins deutsche Priesterseminar aufgenommen wurden.

Durch Kontakte in der Schweiz wurde Paulus Sladek zu einem Vater der Eichstätter Erklärung und des Wiesbadener Abkommens

„Tröstet, tröstet mein Volk!“ diese Worte standen über dem Wirken unserer Hei-

matpriester. Sie trugen zu Tausenden mit ihren Gläubigen das Schicksal der Vertreibung, bei den wilden Vertreibungen 1945 ebenso, wie dann nach der Konferenz von Potsdam in den organisierten Vertreibungen seit Januar 1946.

Rudolf Grulich

Mitgenommen – Objekte erzählen Geschichte(n)

Neues Filmprojekt des BdV-Landesverbandes gestartet

Am 28. Mai feierte der erste Beitrag der neuen Filmreihe „MITGENOMMEN – Objekte erzählen Geschichte(n)“ seine Premiere auf dem YouTube-Kanal des BdV-Landesverbandes CULTURE TO GO. In der Filmreihe werden persönliche Geschichten von Heimatvertriebenen, Flüchtlingen sowie Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedlern anhand von Objekten erzählt.

Eine Kristallvase, die ersten Ausweisdokumente – diese und viele andere Objekte und

ihre Geschichte erinnern bis heute an die „alte Heimat“, an Flucht und Vertreibung, an Deportation und Lager, an die Aussiedlung oder die Ankunft in der „neuen Heimat“. Diese Gegenstände haben ihren hohen ideellen Wert für die Menschen, die flüchten mussten oder vertrieben wurden, nie verloren. Aber auch die Kinder- und (Ur-)Enkelgeneration von Heimatvertriebenen sowie die Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler kommen bei diesem Projekt zu Wort.

„MITGENOMMEN – Objekte erzählen Geschichte(n)“ ist ein Projekt des BdV-Landesverbandes Hessen in Kooperation mit Marc Stengel, mit dem der hessische Bund der Vertriebenen auf die deutsche Kultur und Geschichte im östlichen Europa aufmerksam machen möchte. Gefördert wird die Filmreihe durch das Hessische Ministerium des Innern und für Sport.

In der ersten Folge, die im Internet unter www.youtube.com/culturetogo jederzeit abrufbar ist, kommt die Landesgeschäftsführerin der Sudetendeutschen Landsmannschaft in Hessen, Brigitte Kopp, zu Wort. Sie wurde 1952 im Kreis Alsfeld in Hessen geboren. Ihre Eltern stammen aus dem Su-

detenland und wurden 1946 nach Hessen vertrieben. Seit 1955 lebt Brigitte Kopp in Wiesbaden und ist bis heute in der hessischen Landeshauptstadt geblieben.

Als Erinnerung an ihre Eltern bleiben ihr ein Krug und Gläser, die diese mit nach Hessen genommen hatten, als sie ihre Heimat Nieder Lichwe (heute: Libchavy, Tschechien) verlassen mussten. Frau Kopp erzählt die Geschichte der Gläser und zeigt den Zuschauern auch das Tagebuch, das ihr Vater während und nach der Vertreibung für die Hinterbliebenen führte.

Informationen zu der neuen Filmreihe und weiteren Projekten des BdV-Landesverbandes finden Interessierte auf der Webseite des BdV unter

www.bdv-hessen.de/kultur/projekte.



Brigitte Kopp, Landesgeschäftsführerin der Sudetendeutschen Landsmannschaft in Hessen



Ein Glaskrug und Gläser aus dem Sudetenland bleiben Brigitte Kopp als Erinnerung an ihre Eltern.

Böhmen und seine Nachbarn

1.000 Jahre Kulturaustausch mit Bayern

Die diesjährige Vortragsreihe von Prof. Dr. Stefan Samerski über die „Böhmen und Bayern“ findet wegen der Corona-Pandemie vorerst nur im Netz statt. In der ersten Folge referierte der Professor für Kirchengeschichte des Mittelalters und der Neuzeit unter dem Motto „Raute und Kreuz“ über Böhmens Nachbarn Bayern. Die Reihe wird veranstaltet vom SL-Bundesverband, der Sudetendeutschen Heimatpflege, der Ackermann-Gemeinde in der Erzdiözese München und Freising sowie der Sudetendeutschen Akademie der Wissenschaften und Künste und wird gefördert durch das Bayerische Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales sowie dem Haus des Deutschen Ostens in München.

„Zwischen den Nachbarn Bayern und Böhmen herrschte immer freundlicher Austausch“, lautet das Fazit von Stefan Samerski. „Besonders am Anfang der gemeinsamen Geschichte galt das sowohl für Kirche und Staatlichkeit“, so der Professor für Kirchengeschichte bei seinem Vortrag im Netz. „Das war ein ständiges Geben und Nehmen!“ Begonnen habe der Austausch schon im 9. und 10. Jahrhundert mit der christlichen Missionierung Böhmens von Bayern aus, also der Begegnung im Zeichen des Kreuzes. Zunächst hatte es eine Missionierung von Osten aus gegeben, und zwar durch Kyrill und Method im älteren Großmährischen Reich, durch die auch der Heilige Wenzel von Böhmen



Prof. Dr. Stefan Samerski

(um 908–929/35) zunächst noch geprägt war. „Unter Wenzel gab es dann aber eine klare Wendung gen Westen!“

Damals habe eine Missionierung speziell aus Bayern begonnen, die auch zur Gründung von bedeutenden Klöstern durch viele Orden in Böhmen geführt habe. „Der Ausstrahlungspunkt für Böhmen war damals vor allem das Bistum Regensburg.“ Von dort seien auch Benediktiner nach Böhmen gegangen und hätten zunächst den Adel christianisiert. So stamme auch das tschechische Wort „kostel“ für Kirche vom lateinischen Wort

„castellum“ (Burg), da auf den Burgen die ersten Kirchen entstanden.

Eine der zentralen Figuren der frühen Missionierung sei der Heilige Wolfgang gewesen, der wohl ursprünglich aus Schwaben stammte, wo er um 924 geboren wurde. Um 956 habe Wolfgang die Leitung der Domschule in Trier übernommen und sei dort als Laie Dekan geworden. Später sei er in das Benediktinerkloster Einsiedeln in der Schweiz eingetreten, wo er 968 im Alter von 43 Jahren durch Ulrich von Augsburg die Priesterweihe empfing. Nach Missionarstätigkeit in Ungarn sei er 972 zum Bischof von Regensburg geweiht worden. Wolfgang habe auch im Bayerischen Wald gewirkt, sicher auch mit Abstechern nach Böhmen, so Samerski. Bischof Wolfgang stimmte auch der Abtrennung böhmischer Gebiete zur Gründung des Bistums Prag zu, sicher auch wegen seines freundschaftlichen Verhältnisses zu Boleslav II. Dessen Schwester Mlada sei in Regensburg und Rom gewesen und habe nach Bischof Wolfgang's Zustimmung und ihrer Rückkehr nach Prag 973 auf dem Hradschin ein Benediktinerinnenkloster als erstes Kloster in Böhmen gründen können.



Marienwallfahrtskirche auf dem Bogenberg



Der Heilige Wolfgang sei in Böhmen so populär geworden, dass noch im 14. Jahrhundert auf der Burg Karlstein in die bedeutende Kapelle mit Heiligen ein Bild und Reliquien von ihm aufgenommen wurden. Auch im mährischen Brünn habe es im 14. Jahrhundert einen Holzschnitt von ihm gegeben, seine Hauptverehrung sei jedoch in Böhmen gewesen. „Böhmen erlangte kirchlich jedoch bald Selbständigkeit. Mit dem Heiligen Adalbert von Prag, der als Vojtěch und Sohn des böhmischen Fürsten Slavník um 956 in Ostböhmen geboren wurde, gab es 982 den ersten böhmischen Bischof von Prag. Die enge Verbindung jedoch blieb erhalten.“

Denn auch nach der erfolgreichen Missionierung seien die engen Kontakte weiter gepflegt worden, besonders unter dem hohen Adel und den Fürsten: „Přemyslidenprinzessinnen heirateten bayerische Herzöge und umgekehrt“, schildert Samerski eine spezielle Form der Verbindungen.

Eine solche Adelsehe habe auch zum Entstehen der weiß-blauen Raute im bayerischen Wappen geführt, erklärt Samerski zu einem Bild des 432 Meter hohen Bogenberg nahe der niederbayerischen Stadt Bogen im Bistum Regensburg, auf dem sich der Sitz der Grafen von Bogen befand. In der Nähe sei der Legende nach um 1104 von der Donau ein Marienbild angeschwemmt worden: „Das ‚Gnadenbild‘ wurde von Aswin Graf von Bogen in seiner Schlosskapelle aufgestellt.“ Aus der Zeit um 1112 datiere die Nennung eines Marienaltars auf dem Bogenberg. 1223 sei der Bogenberg in einer Urkunde des Papstes Honorius III. als „Berg der hei-

ligen Maria“ erwähnt worden. In unmittelbarer Nachbarschaft erbaute man das Kloster Oberaltaich, das von Anfang an die Wallfahrt betreute.

Um 1530 seien täglich 15.000 Pilger auf den Bogenberg gekommen, um diese Muttergottes zu sehen und um Gnade zu bitten. 1816, als das 700jährige Wallfahrtsjubiläum von 1804 nachgeholt wurde, kamen wieder 28.000 Pilger auf den Bogenberg. Zu den Spitzenzeiten in der Mitte des 18. Jahrhunderts waren es rund 35.000 Wallfahrer gewesen. „Bis heute ist die Wallfahrt intakt“, betonte der Referent. Heute existieren über 30 regelmäßige Wallfahrten auf den Bogenberg, die meisten davon in den Monaten Mai und Juni, besonders um die Festtage Christi Himmelfahrt und Pfingsten herum. Dazu gehöre etwa auch die „Holzkirchener Prozession“: Die Holzkirchener Wallfahrt nach Bogen soll der Überlieferung nach auf das Jahr 1475 zurückgehen. Damals soll der Borkenkäfer in den Wäldern rund um Holzkirchen in Oberbayern gewütet haben. Die Holzkirchener erbaten auf einer Wallfahrt bei der Muttergottes auf dem Bogenberg erfolgreich ihre Hilfe. Seither wird jedes Jahr ein gerader Fichtenstamm mit rotem Wachs umwickelt und in einer Dankwallfahrt zur Muttergottes auf dem Bogenberg gebracht. Die Holzkirchener „Kerzenwallfahrt“ wurde im 19. Jahrhundert auf Pfingsten verlegt und fand sogar im Coronajahr 2020 statt.

Die Grafen von Bogen, zu deren früherer Schlosskirche die Pilgerfahrt führte, hätten enge Beziehungen zu Adelsgeschlechtern in Böhmen gehabt, die bedeutendste sei die Familienbindung zu den Přemys-

liden gewesen. Durch die Ehe Alberts III. von Bogen mit der etwa 14-jährigen Ludmilla, Tochter des böhmischen Herzogs Friedrich, sei 1184 ein Teil von Ludmillas Erbschaft sowie Ländereien und eine große Aussteuer aus Böhmen an die Grafen von Bogen gekommen. „Unter Ludmillas Mitgift war der Legende nach auch ein Gitter in Form einer Raute, die später zum blau-weißen Hauswappen erst der Grafen von Bogen, dann der Wittelsbacher und schließlich des Freistaats Bayern wurde!“

Die Entwicklung dazu schildert Samerski auch: Nach dem Tod Alberts III. von Bogen 1240 auf einem Kreuzzug habe seine Witwe, Ludmilla von Böhmen, wieder heiraten müssen und schließlich dem Werben des Wittelsbachers, Herzog Ludwig I. von Bayern, nachgegeben. Mit seiner Ehe gewann Ludwig König Ottokar I. von Böhmen, den Cousin Ludmillas, zum Verbündeten. Die Söhne aus Ludmillas erster Ehe übernahmen das weiß-blaue Rautenwappen. Nachdem der erste Erbe, Albert IV. von Bogen ohne Erben gestorben war, ging die Grafschaft Bogen – und damit das Wappen – an den Sohn Herzog Ludwigs I. von Bayern und Ludmillas von Böhmen, den Wittelsbacher Otto II. (1206–1253), der 1231 Herzog von Bayern wurde. Die Beziehungen zwischen Bayern und Böhmen hätten sich in den nächsten Jahrhunderten noch intensiviert.

„Doch gerade an den Anfängen war der Austausch auf dem kirchlichen und staatlichen Gebiet sehr eng – vorbildlich für ein einiges Europa!“, schloss Samerski seinen Vortrag.

Susanne Habel

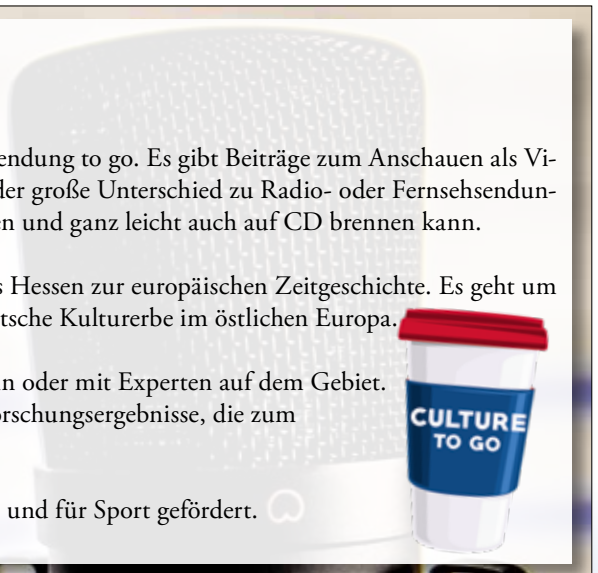
CULTURE TO GO – Der Interview-Podcast des BdV-Landesverbandes Hessen

Was ist ein Podcast? Ein Podcast ist sozusagen eine Radio- oder Fernsehsendung to go. Es gibt Beiträge zum Anschauen als Videopodcasts und auch nur zum Hören als Audiopodcasts. Allerdings ist der große Unterschied zu Radio- oder Fernsehsendungen, dass man den Podcast jederzeit, unabhängig von Sendezeiten anhören und ganz leicht auch auf CD brennen kann.

CULTURE TO GO ist der Interview-Podcast des BdV-Landesverbandes Hessen zur europäischen Zeitgeschichte. Es geht um Themen wie Flucht, Vertreibung und Aussiedlung, aber auch um das deutsche Kulturerbe im östlichen Europa.

Im Mittelpunkt stehen dabei Gespräche mit Zeitzeugen, mit deren Enkeln oder mit Experten auf dem Gebiet. Das Ergebnis? Spannende Dialoge, berührende Geschichten und neue Forschungsergebnisse, die zum Verständnis des heutigen Geschehens in Europa beitragen.

Der Interview-Podcast wird durch das Hessische Ministerium des Innern und für Sport gefördert.



Böhmischer Brückenheiliger Johannes von Nepomuk

Gedenkfeier an der Marmorbrücke zu Villmar

Vor 25 Jahren, am 16. Mai 1996, wurde die St.-Nepomuk-Statue auf der Marmorbrücke in Villmar der Öffentlichkeit übergeben. Der 25. Jahrestag war für die Mitglieder des BdV-Ortsverbandes Villmar-Runkel Anlass, in einer kleinen Feier unter Beachtung der Corona-Auflagen am 16. Mai 2021 der damaligen Weihe zu gedenken.

Pfarrer Günter Daum, langjähriger Pfarrer von Villmar, hat daher folgendes Rundschreiben verfasst: „Im Jahre 1996 wurde anlässlich der Vertreibung vor fünfzig Jahren auf der Villmarer Marmorbrücke die Gedenkstätte errichtet. Im Lager Steinbruch und in Weilmünster waren 1946 Transporte mit Heimatvertriebenen angekommen, die von dort auf die Gemeinden des Landkreises aufgeteilt wurden. Anlässlich dieses Gedenkjahres wurde auf Initiative des Bundes der Vertriebenen (BdV) Limburg-Weilburg und der Ackermann-Gemeinde die Johannes-von-Nepomuk-Gedenkstätte mit einer Figur des böhmischen Brückenheiligen in unmittelbarer Nähe des ehemaligen Lagers errichtet. Maßgeblicher Motor war der damalige BdV-Vorsitzende Franz Krotzky aus Villmar. Am 16. Mai 1996, dem Gedenktag des Heiligen, es war der Festtag Christi Himmelfahrt, weihte der damalige

Weihbischof Gerhard Pieschl, Limburg, als Beauftragter der Deutschen Bischofskonferenz für Flüchtlings- und Vertriebenenfragen die Villmarer Gedenkstätte ein. Die Fertigung der Statue hatte der Villmarer Steinbearbeitungsbetrieb E. Müller übernommen, der auch das Material dazu gestiftet hatte. Der bei dieser Firma beschäftigte Bildhauer Walter Schmidt zeichnet für den Entwurf und die Fertigung verantwortlich. Die Finanzierung dieses Werkes erfolgte durch Spenden von den Heimatvertriebenen und vieler Bürger im Landkreis Limburg-Weilburg. Alljährlich haben wir uns seit 1996 um den 16. Mai herum an der Gedenkstätte eingefunden. Coronabedingt musste das im Jahre 2020 ausfallen“.

Johannes von Nepomuk wurde um das Jahr 1340 in Pomuk bei Pilsen geboren. Seine Eltern stammten aus Franken. Als gebildeter Kirchenjurist stand er zuletzt als Generalvikar im Dienst des Prager Erzbischofs Johann von Jenzenstein. Mit diesem geriet Johannes von Nepomuk in die Streitigkeiten zwischen König und Kirche, dessen Opfer er wurde. Weil sich der König des Erzbischofs nicht bemächtigen konnte, ergriff er dessen Generalvikar und ließ ihn festnehmen. König Wenzel IV., anfänglich ein gutwilliger Herrscher, setzte

Erzbischof und Kirche immer mehr unter Druck. Nach grausamer Folterung wurde Johannes auf Befehl des Königs am 20. März 1393 in Prag in die Moldau gestürzt. König Wenzel legte selbst mit Hand an bei der grausamen Tortur. Als man seine Leiche später im Wasser treibend fand, brachte man Johannes von Nepomuk in den Prager Veitsdom, wo er beigesetzt wurde. Mit der Heiligsprechung am 19. März 1729 durch Papst Benedikt XIII. in der Lateranbasilika zu Rom fand die Verehrung des gläubigen Volkes ihre Bestätigung.

Die Verehrung des heiligen Johannes von Nepomuk verbreitete sich über ganz Europa. Seine Figur stellte man auf viele Brücken. Er wird als Brückenheiliger verehrt und meint damit, dass er Brücken zu schlagen vermag. Brücken zwischen Menschen, Gruppen und Völkern. Seiner Abstammung nach ist er Deutscher, gelebt hat er mitten in Europa, im heutigen Tschechien. Verehrt wird er von Menschen deutscher und tschechischer Sprache. Menschen haben Menschen Schlimmes angetan. Im Blick auf Christus und sein Kreuz sind wir zur Verzeihung bereit. Bei der Einweihungsfeier am 16. Mai 1996 war ein Vertreter der tschechischen Botschaft in Bonn, der Gesandte Botschaftsrat Dr. Vladislav Ladubek, anwesend und sprach bedeutsame Worte. Ich zitiere: „Der Tod und das Martyrium des Heiligen erinnern uns auch an die tragische Geschichte unseres Jahrhunderts. Unmoralischer Hochmut der Politiker, gesteigerter Nationalismus, dann die Nazi-Machtergreifung, rücksichtslose Expansion und die damit verbundene Bedrohung der Existenz vieler Völker, Zerstörung ganzer Volksgruppen, Umvolkung und Deportationen. Die Welt war schockiert. Der Hass gegen die Nazis wurde zum Hass gegen alles Deutsche. In dieser Atmosphäre kam es leider auch zu beschämenden Akten des Hasses gegen wehrlose Menschen. Ein unvergleichbarer Krieg und ein unvergleichbares Morden brachten auch unvergleichbare Folgen. Die Deutschen aus dem Osten wurden auch zu besonders schmerzhaft betroffenen Opfern des Krieges. Ihr millionenfaches Leid war vielleicht das größte Opfer unter den Deutschen.“

Hier erinnere ich auch an die Charta der Heimatvertriebenen von 1950, in der sie



Nepomuk-Statue auf der Lahnbrücke in Villmar



Sonderbriefmarke zum 600. Todestag

fünf Jahre nach Krieg und Vertreibung auf jede Rache und Vergeltung verzichteten. Gewalt kann man nicht mit Gewalt beenden, Gewalt erzeugt immer wieder neue Gewalt. Eine ausgestreckte Hand kann Wunder bewirken. Eine ausgestreckte Hand bildet keine Faust, sie wird zur Freundeshand. Ich verweise auf die freundschaftlichen und partnerschaftlichen Kontakte zwischen Villmar und Grulich/Kraliky. Am 13. Oktober 1996 wurde die Freundschaft und Partnerschaft

besiegelt. Die Grundsatzerklärung wurde damals von den Bürgermeistern Heep, Villmar, und Zina, Kraliky, unterzeichnet. Menschen, die sich kennen und schätzen gelernt haben, werden zu Brückenbauern.

Leid und Schmerz, Morden und Kriege bleiben, können aber überwunden werden in dem Willen, an einer Zukunft zu bauen, die besser und gerechter und menschlicher wird. Der Einsatz für Freundschaft und Völkerverständigung ist eine wertvolle Sache, unser Versuch, an einem Europa mitzuarbeiten, in dem für alle Zukunft Hass und Gewalt geächtet sind. Es gibt Hoffnung, dass die Menschen erfüllt sind von der Sehnsucht nach Frieden, Gerechtigkeit, Sicherheit und Freiheit. Unsere Freundschaft und Partnerschaft sind wirklich gewachsen. Aus dem kleinen Samenkorn einer Idee ist inzwischen schon ein recht starkes Bäumchen von echter Freundschaft geworden. Der Brückenheilige Johannes von Ne-

pomuk ist dabei zu einer verbindenden Figur geworden.

■
Josef Plahl

**BdV-Kreisverband
Limburg-Weilburg e.V.**

Limburger Straße 8
35781 Weilburg
Telefon 06471 30381

Vorsitzender:

Josef Plahl
Kirchweg 10
35781 Weilburg
Telefon 06471 2785
E-Mail josef-plahl@t-online.de

Geschäftsführerin:

Dorith Plahl
Kirchweg 10
35781 Weilburg

„Ein deutsches Lied zu Ehren des Heiligen“ Goethe, Zelter und der Heilige Nepomuk

Im Jahre 1820 war Johann Wolfgang von Goethe im böhmischen Karlsbad auf der Tepl-Brücke Zeuge der Feier zum Festtag zu Ehren des Heiligen Nepomuk. Er wohnte unweit davon im Gasthof „Drei Mohren“ im Zentrum. Unmittelbar vor der Feier notierte er am 15. Mai 1820 in sein Tagebuch: „Vorfeier zu des Landespatrons Johannes von Nepomuk morgendem Fest“ – und am 19. Mai: „Abends (...) schwimmende Lichtchen zu Ehren des heiligen Nepomuks, der Heilige illuminiert. Gesang auf der Brücke.“ Daraufhin schrieb er das nahezu unbekannt gebliebene Gedicht:



Johann Wolfgang von Goethe

St. Nepomuks Vorabend

Lichtlein schwimmen auf dem Strome,
Kinder singen auf der Brücken,
Glocke, Glöckchen fügt vom Dome
sich der Andacht, dem Entzücken.

Lichtlein schwinden, Sterne schwinden,
also löste sich die Seele
unsres Heil'gen. Nicht verkünden
durft' er anvertraute Fehde.

Lichtlein, schwimmt! Spielt, ihr Kinder!
Kinder-Chor, o singe, singe!
Und verkündiget nicht minder.
Was den Stern zu Sternen bringe.



Karl Friedrich Zelter

Goethe schickte dieses kleine Gedicht mit einem Brief an seinen Freund Karl Friedrich Zelter nach Weimar, in Erwartung, Zelter möge es vertonen. Zelter entsprach dem Wunsch sofort und schickte am 14. Juni 1820 seine Komposition an Goethe, mit einer eigenen Erinnerung an eine ähnliche in Prag erlebte Feier: „Da ich immerfort Dich in Gedanken habe (...), so sprang mir das ‚Nepomukchen‘ sogleich entgegen: ich fand mich in Prag auf der Schützeninsel; die schöne Brücke vor mir, dazwischen den sanften Strom, der tausend Schiffchen mit hellen Kerzen trägt; das Frohlocken der Kinder, das Gebimmel und Getön der Glocken – und der ruhige Gedanke: daß mitten in dem poetischen Wirr- und Irrwesen die Wahrheit ruht wie ein schlafendes Kind ...“.

(Quelle: FESTSCHRIFT 60 Jahre Wiederaufstellung der St.-Nepomuk-Statue auf der Alten Mainbrücke in Würzburg, hrsg. v. der Ackermann-Gemeinde Würzburg)

Ein alter Milchkrug erinnert sich

Es hieß, die Deutschen müssten ihre böhmische Heimat verlassen

Ich bin schon sehr alt. Genau weiß ich es gar nicht mehr, wann ich von einem Töpfer in Haindorf, einem katholischen Wallfahrtsort in Nordböhmen, in der dortigen Porzellanfabrik Greiner geformt wurde, aber ich denke, dass ich wohl so um die 90 Jahre alt bin. Heute werden viele Erinnerungen in mir wach, und ich möchte sie Euch erzählen:

Zuerst war ich einfach nur Kaolin und ruhte in der Erde, bis dieser Mensch die Idee hatte, er könne es Gott gleichtun und etwas Brauchbares aus diesem besonderen Lehm machen. Also nahm er einen Klumpen davon in seine Hände, betrachtete ihn kritisch und fing nach und nach an, den Dreck zu kneten und zu walken. Nach einer Weile brachte er mich auf eine runde Scheibe, die sich ständig drehte. Mir wurde schwindelig. Das war ein ganz eigenartiges Gefühl, weil ich mich veränderte. Wenn er mich mit seinen Händen so berührte und streichelte, bekam ich nach und nach die Form eines Kruges. Wasser benutzte er als Gleitmittel. Weil ich aber trotzdem immer noch ein wenig runzlig aussah, nahm er eine „Drehschiene“, um mich zu glätten.

Dann ließ er mir ein paar Tage Zeit zum Trocknen, bevor er mich mit anderen Krügen, Tassen, Tellern und Schalen in einen Brennofen stellte. Nach dem Abkühlen betrachtete er mich wieder kritisch, ob ich vielleicht kleine Risse oder Sprünge bekommen hätte. Schließlich überzog er mich mit einer hellen Glasur. Das war so, als zöge er mir ein enges Ballkleid an. Ich fühlte mich schon jetzt richtig schön und begehrt und fragte mich, wer mich demnächst wohl kaufen würde? Aber erst einmal wurde ich noch mit bunten Blumen bemalt, um noch schöner auszusehen. Kann sein, dass dies das Haindorfer Link-Schneider-Annl getan hat. Sie war Porzellanmalerin bei der Firma Greiner. Dann kam ich noch einmal in den heißen Brennofen. Mir wurde ordentlich bange, dass ich die Prozedur nicht überstehen könnte. Gott sei Dank ist alles gut gegangen: Ich war nicht nur wasserdicht, sondern auch noch feuerfest und dazu noch eine irdene Schönheit, meine ich!

Irgendwann, ich weiß nicht mehr das genaue Datum, stand ich plötzlich auf dem Ofen

beim Link-Schneider und seiner Frau Annl, im Haus Nr.150 in Haindorf. Jemand aus der Familie hatte mich gekauft. Zuerst befüllte man mich mit Wasser. Sie wollten sicher gehen, ob ich auch wirklich dicht bin. Erst danach wurde frisch gemolkene Ziegenmilch in mich hineingefüllt. Mit der Zeit fühlte ich mich in diesem Haus aber sehr wohl.

Als die Hausfrau am 8. April 1941 im Alter von 61 starb, war ich sehr traurig. Sie ging nämlich all die Jahre zuvor fürsorglich mit mir um. Der Link-Schneider weinte, wenn es keiner sah und mit dem Kochen kam er auch nicht klar. Am liebsten hätte ich mit ihm geweint, aber dafür war ich nicht geschaffen. Anfang April 1945 hörte ich etwas, worüber man sich hätte freuen können: Der Krieg wäre bald zu Ende! Als der Krieg dann zu Ende war, hatten meine Leute im Haus gleich wieder Angst: Vor den Tschechen, die kamen. Viele aus Haindorf wurden mit nichts aus Haus und Hof verjagt. Der Schneider durfte aber erst einmal mit seiner Tochter und den Enkeln noch bleiben. Das Annl nutzte mich weiter als Milch- und Quarktopf.

Anfang April 1946 hörte ich, dass man mich mit anderen Haushaltsgegenständen im Garten vergraben wollte. Es hieß, die Deutschen müssten die Heimat verlassen und dürften nur 30 bis 50 Kilogramm pro Person mitnehmen. Meine Leute hofften aber, dass sie bald wieder zurückkommen dürften. Kurz und gut! Ich musste es mir gefallen lassen, dass ich in einer stabilen Holzkiste, mit anderem wertvollen Geschirr, dazu noch Gabeln und Messern, verpackt wurde. Neben mir stand ein großer böhmischer Glaskrug mit einem Zinndeckel. Er hatte ein wunderschönes eingraviertes Jagdmotiv. Neben ihm fühlte ich mich recht klein und sehr unbedeutend. Ich war dazu verurteilt, mit ihm tief in der Dunkelheit von Mutter Erde viele Jahre keine Sonne zu sehen. Meine Leute



Ein alter Milchkrug aus Haindorf, einem katholischen Wallfahrtsort in Nordböhmen, erzählt seine Geschichte

mussten Haindorf verlassen, ob sie wollten oder nicht. Ich habe ihre Trauer unten in der Kiste gespürt.

War es Zufall oder Gottes Fügung, dass uns nach 40 Jahren der 30-jährige Jiří Bartoš beim Umgraben im Garten entdeckte? Seine Eltern waren nun mit ihm mittlerweile die dritten tschechischen Hausbesitzer. Die Holzkiste war zerfallen, Messer und Gabeln verrostet, das meiste Geschirr entzwei. Der Spaten war schuld daran. Nur mein Kamerad, der imposante Glaskrug hatte alles ganz ohne Schaden überstanden. Ich hatte allerdings ein paar kleine Macken. Den Bartoš habe ich trotzdem gefallen und so bekam ich wie in früheren Jahren meinen sicheren Platz auf dem alten Ofen.

Später war ich nicht mehr ganz dicht, wurde aber trotzdem nicht weggeworfen. Wegen meiner blumigen Schönheit bekam ich einen Ehrenplatz in der Küchen-Kredenz, neben dem stattlichen Glaskrug. Der musterte mich von oben herab. Glücklicherweise war ich, dass mich die tschechische Familie genauso ins Herz geschlossen hatte, wie zuvor die deutsche. Sie hielten mich in Ehren. Bis zum 7. Mai 2017 hab ich nie daran gedacht, mein Haindorf zu verlassen. Plötzlich zog es mich aber mit aller Macht zu Monika Hanika und ihrer Familie. Sie ist die Enkeltochter vom Link-Schneider und kam erst nach der Vertreibung ihrer Familie in Hessen zur Welt. Sie war zur Versöhnungswallfahrt nach Haindorf gefahren und besuchte mit ihrem Mann



Franz die Bartošs. Beide Seiten haben wohl meine Sehnsucht gespürt, dass jetzt wohl die richtige Zeit war, meinen Standort zu wechseln.

Es hat mich sehr berührt, als mich die Tochter des Hauses 150, Eva Bartošová, der Monika überreichte. Wenn ich nur hätte weinen können. Jetzt stehe ich schon zwei Jahre in Burghaun, in der Wohnung von Monika

und Franz. Meine Geschichte wird hoffentlich weiterleben und erhalten bleiben. Meinem Kameraden, den böhmischen Glas-krug, wollten die Bartošs meinen Bruder Helmut 2016 überreichen, als er nach 70 Jahren das erste Mal wieder in Großvaters Haus war. Helmut meinte aber, der Krug solle im Haus Nr.150 in Haindorf bleiben: „Vergesst meinen Link-Schneider-Großvater und seine Familie nicht!“

So erinnern sich mein gläserner Kamerad und ich mit meinen kleinen Macken nicht nur an eine bewegte Vergangenheit, sondern tragen außerdem mit unseren Leuten eine große Verantwortung. Wir sind zusammen auf einem guten Weg. Ihr auch? ■

Monika Hanika,
Enkeltochter von Adolf Linke, ehema-
liger Besitzer des Hauses Nr. 150 in
Haindorf

Neuerscheinung des Deutschen Polen-Instituts

Jahrbuch Polen 2021 zum Thema Oberschlesien

Zum ersten Mal widmet das Deutsche Polen-Institut das aktuelle Jahrbuch Polen 2021 einer Region – Oberschlesien. Sie wird dabei als eine deutsch-polnische Grenzregion aufgefasst, in der die verschiedenen Kulturen, Sprachen und Traditionen – deutsche, polnische und ein wenig auch tschechische – bis heute eine wichtige Rolle spielen.

„Oberschlesien ist eine problematische Region“, schreibt die Krakauer Soziologin Maria Szmajda im Jahrbuch. Diesen Befund sieht die Jahrbuch-Redaktion als Herausforderung, der in den Texten zur politischen, kulturellen und sozialen Lage der Region begegnet wird. Die Grenzen der historisch „oberschlesischen“ Woiwodschaften im gegenwärtigen regionalen Kontext all ihrer ethnisch-kulturellen und territorialen Eigenheiten werden ebenso in dieser Perspektive analysiert wie die sozioökonomischen Probleme nach 30 Jahren Transformation und die ökologische Herausforderung.

Es geht um die „schwebenden“ ethnischen Identitäten der oberschlesischen Bevölkerung, die bis heute in Polen Misstrauen er-

wecken – genauso wie die Existenz einer deutschen Minderheit und einer Gruppe von Anhängern oberschlesischer Autonomiegedanken inmitten einer Bevölkerungsmehrheit, die sich „nur“ als Polen begreift. Die Jahrbuch-Beiträge zeigen die Konfliktlinien und die praktizierten oder angedachten Lösungen, die ein friedliches und lebenswertes (Zusammen)leben in der Region trotz vieler Unterschiede möglich machen.

Gerade Oberschlesien kann nämlich heute beispielhaft für eine ethnisch, kulturell und konfessionell gemischte Region in Europa stehen – in Geschichte und Gegenwart. Das neue Jahrbuch Polen leistet einen Beitrag dazu, in Deutschland, wo das Wissen über Oberschlesien eher schwindet, wieder mehr über die Region und ihre Eigenarten zu erfahren. Dazu laden Essays, Erzählungen, Interviews und Stellungnahmen von Autorinnen und Autoren ein, die durch ihre Meinung das Oberschlesien von heute prägen und den gesellschaftlichen wie kulturellen Dialog in der Region und über sie hinaus befördern.

Das aktuelle Jahrbuch Polen erscheint im Rahmen des DPI-Jahresthemas „Oberschlesien“.

Weitere Informationen online unter **www.deutsches-polen-institut.de/jahresthema**.

Das Deutsche Polen-Institut

Das Deutsche Polen-Institut (DPI) ist ein Zentrum für polnische Geschichte, Politik, Kultur und Gesellschaft und die deutsch-polnischen Beziehungen. Leitziel des DPI ist es, das Wissen über den Nachbarn Polen als ein Kernland europäischer Kultur in Geschichte und Gegenwart und über Polen als wichtigen Partner Deutschlands in der europäischen Politik zu erweitern.

Träger des Instituts sind das Land Hessen, die Gemeinschaft der Länder (KMK), das Auswärtige Amt und die Wissenschaftsstadt Darmstadt. Die Förderung durch Stiftungen und Unternehmen und die Zusammenarbeit mit öffentlichen Einrichtungen ermöglichen die Durchführung der Institutsprojekte.

Das DPI vereint praxisbezogene Wissenschaft und Forschung, Bildungsangebote für Schulen und Hochschulen, politische Foren, editorische Projekte und öffentliche Veranstaltungen. Das Institut besitzt eine Spezialbibliothek für polnische Literatur, deutsch-polnische Übersetzungen und Kulturbeziehungen in Geschichte und Gegenwart, die zugleich eine Universalbibliothek für Polen und die deutsch-polnischen Beziehungen ist.

Jahrbuch Polen 2021 Oberschlesien

Herausgegeben vom Deutschen Polen-Institut Darmstadt, Wiesbaden: Harrassowitz 2021, farbig, Abb., 294 S.

Preis 15 Euro

ISBN 978-3-447-11618-3

Bestellungen unter:

E-Mail verlag@harrassowitz.de oder kaluza@dpi-da.de

Web www.deutsches-polen-institut.de/publikationen



Minderheitenschutz und Volksgruppenrechte

Konferenzreihe widmete sich Bulgarien, Estland und der Ukraine

Am 29. April setzten die Föderalistische Union Europäischer Nationalitäten (FUEN) und die Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen ihre seit Oktober 2020 laufende Konferenzreihe „Minderheitenschutz und Volksgruppenrechte in Mittel- und Mitteleuropa“ fort. Diesmal standen Bulgarien, Estland und die Ukraine im Mittelpunkt. In zehnminütigen Referaten sprachen Experten über den aktuellen rechtlichen und praktischen Umgang mit Minderheitenrechten in diesen Ländern.

Zu Beginn der Online-Konferenz fasste der Staats- und Völkerrechtler Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Gilbert Gornig die bisherigen Konferenzergebnisse zusammen. Obwohl dies der vorerst letzte Termin sei, gebe es noch viele weitere Länder zu besprechen. Die Bundestagsabgeordnete Sylvia Lehmann sprach in ihrem Grußwort über die Bedeutung des Minderheitenschutzes. „Es gilt, Minderheitenpolitik als aktive Friedenspolitik anzugehen“, sagte sie. In einer Staatengemeinschaft wie der EU mit über 50 Millionen Angehörigen nationaler Minderheiten bedeute das, sich vorbehaltlos für Minderheitenrechte zu engagieren. Die Minority SafePack-Initiative der FUEN stelle daher einen wichtigen Schritt zur Schaffung von europäischen Standards dar.

Danach übernahm der Rechtswissenschaftler und Minderheitenrechtsexperte Prof. Dr. Peter Hilpold von der Universität Innsbruck die Moderation der Veranstaltung.

Prof. Vello Pettai, Direktor des Europäischen Zentrums für Minderheitenfragen (ECMI), stellte im ersten Themenblock die rechtliche Situation des Minderheitenschutzes in Estland vor. Nach der Unabhängigkeit des Landes 1991 habe Estland historisch gewachsene Systeme der kulturellen Autonomie für seine Minderheiten wiederbelebt, die jedoch bald an ihre Grenzen stießen. Zwar seien das Recht auf die Bewahrung der eigenen ethnischen Identität und Sprache in der Verfassung verankert, besonders die etwa 25 Prozent der Bevölkerung, die sich zur russischen Minderheit zählten, hätten bei der Umsetzung ihrer Sprachenrechte nicht über-

all im Land die gleichen Chancen, erklärte Pettai. Der praktischen Umsetzung der gesetzlichen Rechte widmete sich Natalia Ermakov, die Vorsitzende der Estnischen Union nationaler Minderheiten. Sie unterstrich, dass alle Minderheiten in Estland die gleichen Möglichkeiten bei der Teilnahme am kulturellen Leben haben und der Staat ihre Aktivitäten fördert. Auch Minderheitensprachen könne man oft im Behördenverkehr nutzen.

Für die Ukraine konnte Prof. Dr. Andrij Kudrjačenko von der Universität Kiew auf ein gesetzlich verankertes Recht auf das Erlernen der Muttersprache in Schulen und Universitäten verweisen. Auch die Ukraine hatte zur Zeit der Sowjetunion eine starke Verschiebung zugunsten der russischen Sprache erlebt. Darum war nach ihrer Unabhängigkeit 1991 großer Wert auf die Festigung des Ukrainischen im Alltag gelegt worden. Die etwa 130 Nationalitäten und nationalen Gruppen im Land seien trotz politisch instrumentalisierten Sprachengesetzes jedoch weiterhin gesetzlich in der Ausübung ihrer Kultur geschützt.

Die praktische Verwirklichung der staatlichen Vorgaben beleuchtete Dr. Olena Bogdan, Direktorin des staatlichen Dienstes der Ukraine für ethnische Angelegenheiten und Gewissensfreiheit. Studien wiesen darauf hin, dass viele Menschen mittlerweile keine eindeutige Identifikation mit einer Volksgruppe anstrebten, sondern sich multiple ethnische Identitäten zueigneten. In der Ukraine seien Informationen und Lehrbücher ebenso in verschiedenen Sprachen zugänglich wie auch Minderheitenmedien.

Über die Lage der ungarischen Minderheit in der Ukraine sprach Prof. Dr. István Csernicskó, Rektor des Transkarpatischen Ungarischen Hochschulkollegs Ferenc Rákóczi II in Berehowe. Er bedauerte, dass die Ukraine sich nicht an die Europäische Charta der Regional- oder Minderheitensprachen halte. Man habe etwa durch die Schaffung des Amtes eines Beauftragten zum Schutz der Landessprache die Politisierung des Themas vorangetrieben und nun zudem neue Gesetze auf den Weg gebracht, die etwa zweisprachige Orts- und Straßenschilder in Zukunft auch dort verbieten würden, wo es sie heute noch gibt.

Dr. Alexey Pamporov von der Bulgarischen Akademie der Wissenschaften erklärte anschließend die rechtliche Lage der Minderheiten in Bulgarien. Die Minderheitenpolitik des Landes basiere auf einem sehr restriktiven Zensus, der eine realitätsnahe Selbstverortung der Befragten nur unzureichend gestatte. Die Zahlen, die so auch an die EU weitergeleitet würden, seien wenig aussagekräftig und sorgten für ein verzerrtes Bild der Bedarfslage in Bezug auf Minderheitenschutz. Politische Teilhabe sei durch ein Verbot von ethnisch oder religiös basierten Parteien nur über etablierte Parteien möglich.

Auch Rakovsky Lashev, Leitender Diplomat im bulgarischen Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, sprach über die Einschränkungen im politischen Prozess. Zwar seien Wahlen und Wahlwerbung nur auf Bulgarisch vorgesehen, Diskussionen zu politischen Fragen seien davon aber nicht betroffen. Die Inklusion der Minderheiten sei durchaus gewollt, hänge aber nicht von der Anerkennung als Minderheit ab. Darum definiere man im Land Minderheitensprachen auch als „Muttersprachen“ und Minderheiten als „ethnische Gruppen“.

Zum vorläufigen Abschluss der Konferenzreihe dankten Éva Adél Péntes, FUEN-Generalsekretärin, und Thomas Konhäuser, Geschäftsführer der Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen, den Referenten. Beide betonten die hohe Bedeutung des Minderheitenschutzes und die Notwendigkeit, dieses Thema immer wieder mit aktuellen, vergleichenden Informationen ins Gespräch zu bringen. ■



Ein Ort zur Erinnerung und zum Verstehen

Dokumentationszentrum Flucht, Vertreibung, Versöhnung in Berlin vor seiner Vollendung

Die Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung wurde 2008 auf Beschluss der Bundesregierung errichtet. Ihr Auftrag ist es gemäß § 16 des Errichtungsgesetzes, „im Geiste der Versöhnung die Erinnerung und das Gedenken an Flucht und Vertreibung im 20. Jahrhundert im historischen Kontext des Zweiten Weltkrieges und der nationalsozialistischen Expansions- und Vernichtungspolitik und ihren Folgen wachzuhalten“. Finanziert wird die Stiftung aus dem Haushalt der Kulturstatsministerin Monika Grütters. Träger der Einrichtung ist das Deutsche Historische Museum (DHM). Seit April 2016 leitet die Historikerin Dr. Gundula Bavendamm die Stiftung.

Auf dem langen Weg zu einer eigenen Dauerausstellung steht die Vertriebenen-Stiftung vor ihrem entscheidenden Jahr. Bis zum kommenden Sommer soll die Darstellung der Vertreibung von bis zu 14 Millionen Deutschen aus Ost- und Ostmitteleuropa infolge des Zweiten Weltkriegs eröffnet werden. Ort ist das neu errichtete Dokumentationszentrum im Berliner „Deutschlandhaus“ am Berliner Anhalter Bahnhof in der Nähe des Potsdamer Platzes. Die spektakuläre Architektur der Österreicher Stefan und Bernhard Marte führt die denkmalgeschützte Substanz des Gebäudes mit einem markanten Neubau zusammen. Eine schmale Fuge, durch die von oben Tageslicht einströmt, verbindet die beiden Gebäudeteile. Das genaue Eröffnungsdatum steht allerdings noch nicht fest.

Dem Projekt gingen jahrelange Diskussionen über ein Zentrum gegen Vertreibungen voraus. 1999 schlug die neu gewählte BdV-Präsidentin Erika Steinbach (damals CDU) gemeinsam mit Peter Glotz (SPD, 1939–2005) vor, an zentraler Stelle in Berlin einen nationalen Gedenkort zur Erinnerung an Flucht und Vertreibung der Deutschen

am Ende des Zweiten Weltkrieges und nach dem Krieg zu schaffen.

Das Vorhaben wurde von der Öffentlichkeit im In- und Ausland zuerst kontrovers diskutiert. Unter anderem wurde die Sorge geäußert, dass der zentralen Bedeutung der Erinnerung an den Holocaust in der Bundesrepublik ein neues Opfernarrativ gegenübergestellt werden solle und dieser damit relativiert werden könne. Im Zuge der Diskussion wurde zunächst die Konzeption des im Jahre 2000 vom BdV gegründeten Zentrums gegen Vertreibungen (ZgV) „europäisiert“. Dadurch wurde in die zu schaffende Gedenkinstitution ein historischer Überblick über Vertreibungen in Europa integriert, was dem Selbstverständnis des BdV als Opfergruppe entsprach.

Dem Stiftungsrat gehören derzeit 21 Mitglieder an. Davon werden 19 vom Deutschen Bundestag gewählt. Der Präsident der Stiftung Deutsches Historisches Museum sowie der Präsident der Stiftung Haus der Geschichte sind qua Amt Mitglied. Im Stiftungsrat sind die Bundesregierung mit drei Mitgliedern, der Deutsche Bundestag mit vier Mitgliedern und der Bund der Vertriebenen mit sechs Mitgliedern vertreten. Der Zentralrat der Juden in Deutschland sowie die Evangelische und die Katholische Kirche stellen je zwei Mitglieder.

Gemäß Stiftungsgesetz hat der Stiftungsrat einen Wissenschaftlichen Beraterkreis eingerichtet. Die bis zu 15 Mitglieder werden für fünf Jahre berufen. Dem amtierenden Wissenschaftlichen Beraterkreis gehören international ausgewiesene Wissenschaftler aus Deutschland, Großbritannien, Österreich, der Schweiz, Tschechien und den USA an. Er berät den Stiftungsrat und den Direktor entsprechend dem Stiftungszweck in fachlichen Fragen.

Auf 6.000 Quadratmetern bietet das Dokumentationszentrum großzügige Flächen für Ausstellungen, Bibliothek, Zeitzeugen-



Auf 6.000 qm bietet das Dokumentationszentrum viel Platz.

archiv, Bildung und Vermittlung, Veranstaltungen, einen Raum der Stille zum Innehalten und individuellen Gedenken sowie einen Shop und ein Restaurant. Das Thema des Dokumentationszentrums ist das millionenfache Schicksal von Menschen, die ihre Heimat verlassen mussten. Es informiert über Ursachen, Dimensionen und Folgen von Flucht, Vertreibung und Zwangsmigration in Geschichte und Gegenwart. Das Zentrum versteht sich als ein Ort historischer Bildung und lebendiger Debatten im Geiste der Versöhnung.

Die Dauerausstellung beleuchtet auf 1.700 Quadratmetern politisch, ethnisch und religiös begründete Zwangsmigrationen vor allem im 20. Jahrhundert in Europa und darüber hinaus. Flucht und Vertreibung der Deutschen im und nach dem Zweiten Weltkrieg bilden dabei den Schwerpunkt der Erzählung. Es geht dabei auch um universelle Fragen: Warum müssen Menschen fliehen oder werden vertrieben? Welche Wege müssen sie gehen? Was bedeutet der Verlust der Heimat? Wie kann ein Neuanfang gelingen?

Im ersten Obergeschoss des Dokumentationszentrums erwartet die Besucher eine facettenreiche Präsentation von Originalobjekten, Dokumenten, Fotografien sowie Erfahrungsberichten und Lebensgeschichten, eine wissenschaftliche Spezialbibliothek sowie ein Dokumentenarchiv mit Fluchtberichten und bewegenden Zeitzeugeninterviews. Die Besucher haben die Möglichkeit, sich vertiefend spannende Einblicke in Oral History und Familienforschung zu verschaffen und darüber hinaus zu diesen Themen elektronisch in wichtigen Beständen und Datenbanken anderer Einrichtungen zu recherchieren. ■



Das Dokumentationszentrum in Berlin

Das Deutsche Kulturforum östliches Europa



Gefördert von



Die Beauftragte der Bundesregierung
für Kultur und Medien

Aufgaben

Das Deutsche Kulturforum östliches Europa mit Sitz in Potsdam engagiert sich für die Vermittlung deutscher Kultur und Geschichte des östlichen Europas. Dabei sind alle Regionen im Blick, in denen Deutsche gelebt haben oder bis heute leben. Das Kulturerbe dieser Gebiete verbindet die Deutschen mit ihren Nachbarn. Das soll einer breiten Öffentlichkeit bewusst gemacht werden – im Dialog und in zukunftsorientierter Zusammenarbeit mit Partnern aus dem östlichen Europa. Die Arbeit des Kulturforums wird von der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien gefördert.

Das Kulturforum versteht sich als Vermittler zwischen Ost und West, zwischen Wissenschaft und Öffentlichkeit, zwischen Institutionen und Einzelinitiativen. Mit seiner Arbeit möchte es zu internationaler Verständigung und Versöhnung in Europa beitragen.

Veranstaltungen

Das Programm des Kulturforums umfasst Vorträge, Filmreihen, Podiumsdiskussionen, Konzerte und Wanderausstellungen im In- und Ausland. Die Veranstaltungen finden

mit öffentlichkeitswirksamen Kooperationspartnern wie Regierungs- und Nichtregierungsorganisationen, Kulturinstituten, Literatur- und Konzerthäusern, Filmfestivals, Universitäten, Museen, Programmkinos, Messen, Publikumsverlagen, Radio- und Fernsehsendern statt.

Ein besonderes Anliegen des Kulturforums ist es, jüngeren Menschen Wissen über das gemeinsame historische Erbe der Deutschen und ihrer östlichen Nachbarn zu vermitteln. Daher umfasst seine Bildungsarbeit auch Schülerworkshops und Exkursionen für Studierende. Durch Journalistenreisen sowie mit dem jährlich in unterschiedliche Länder führenden Stadtschreiber-Stipendium fördert das Kulturforum die kreative Auseinandersetzung mit der gemeinsamen Geschichte und die Wahrnehmung dieses Themas in der Öffentlichkeit.

Mit dem Georg Dehio-Preis würdigt das Kulturforum besondere Verdienste um die Bewahrung und Vermittlung des deutschen Kulturerbes im östlichen Europa. Die Auszeichnung wird im jährlichen Wechsel als Kulturpreis und als Buchpreis vergeben.

Verlag

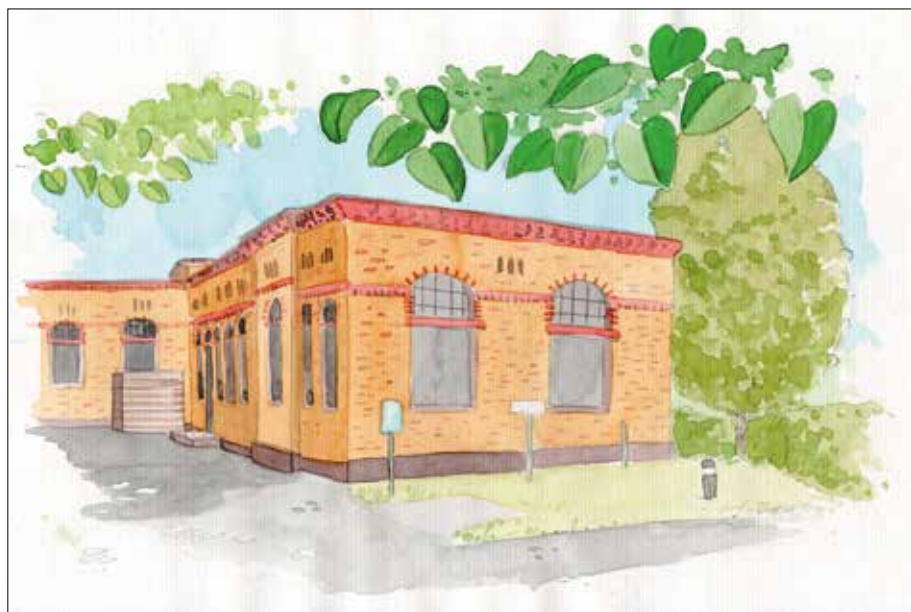
Die Publikationen des Kulturforums richten sich an einen breiten Leserkreis, dem sie die multikulturelle Geschichte und Gegenwart der Deutschen im östlichen Europa auf zeitgemäße und ansprechende Weise nahebringen – durch verständlich geschriebene Texte, illustriert mit historischen und aktuellen Abbildungen. Der Verlag veröffentlicht in der Potsdamer Bibliothek östliches Europa Kulturreiseführer und kulturhistorische Sachbücher sowie Begleitpublikationen zu Wanderausstellungen des Kulturforums. Vergessene deutschsprachige Komponisten, die im östlichen Europa wirkten, können mit den CD-Produktionen des Kulturforums wiederentdeckt werden.

In Kooperation mit internationalen Verlagen, vor allem in Mittel- und Osteuropa, publiziert das Kulturforum Übersetzungen seiner Bücher in den entsprechenden Landessprachen.

Die Printversion der Kulturkorrespondenz östliches Europa beleuchtet aktuell und ansprechend mit Aufsätzen, Interviews und Illustrationen alle zwei Monate ein anderes Schwerpunktthema. Das jährlich herausgegebene Magazin „Blickwechsel“ zeigt den Facettenreichtum des Arbeitsgebiets anhand von literarischen Texten, Fotostrecken und populärwissenschaftlichen Essays.

Elektronische Medien

Unter www.kulturforum.info sowie auf der Facebook-Seite des Kulturforums können Veranstaltungshinweise, Kurzmeldungen und Medientipps abgerufen werden. Das Kulturforum möchte damit auch den Informationsaustausch zwischen Einrichtungen und Personen fördern, die sich mit dem gleichen Themenbereich befassen. Die Website dient als Ausgangspunkt für Recherchen, zudem wird sie für die Präsentation von Veranstaltungen, Publikationen und Projekten der Partnerinstitutionen genutzt. Die Kulturkorrespondenz östliches Europa erscheint monatlich auch als digitaler Newsletter und Online-Magazin. Die Stadtschreiberblogs laden zu virtuellen Entdeckungsreisen durch die Kulturhauptstädte und andere interessante Orte im östlichen Europa ein. Der über die Website und auf Spotify abrufbare Podcast Von Asch bis Zips, ein YouTube- und ein Instagram-Kanal begleiten und dokumentieren die Arbeit des Kulturforums. ■



Das Kulturforum auf einem Aquarell von Ulrike Niedlich, 2019 (Foto: Deutsches Kulturforum östliches Europa)



Eine großartige Erzählerin wird uns fehlen

Die Schriftstellerin Nelly Däs hat den Russlanddeutschen ihre Geschichte zurückgegeben

Am 18. April 2021 verstarb im Alter von 91 Jahren in Winnenden die russlanddeutsche Erzählerin Nelly Däs, die zurecht als Chronistin der Russlanddeutschen bezeichnet wird. Die russlanddeutsche Literatur ist ohne ihr Werk nicht vorstellbar. Sie hat mit ihrem Können und Beharrlichkeit den Deutschen russlanddeutsches Schicksal nahe gebracht und mit ihrem Werk den Russlanddeutschen ihre ausgelöschte Geschichte wieder zurückgegeben.

Ausgehend von ihrer privaten Biografie hat die Autorin systematisch die Geschichte ihrer Volksgruppe erschlossen. Zwischen 1969 und 2002 veröffentlichte sie 14 Bücher, weitgehend mit einer russlanddeutschen Thematik. Darunter spannende Jugendbücher wie „Mit Timofej in die Taiga“, Erfahrungsberichte wie „Lasst die Jugend sprechen. Russlanddeutsche berichten“ oder „Alle Spuren sind verweht. Russlanddeutsche Frauen in der Verbannung“ und das „Kochbuch der Deutschen aus Russland“. Ihr größter Erfolg im heutigen Medienzeitalter war die Verfilmung ihres Romans „Das Mädchen vom Fährhaus“ im Jahre 1996 unter dem Titel „Nadja – Heimkehr in die Fremde“. Dieser Film wurde mit großem Erfolg zweimal im ZDF ausgestrahlt.

Nelly Däs wurde am 8.1.1930 als Nelly Schmidt in Friedenstal in der Ukraine geboren. Ihre Eltern – Russlanddeutsche, deren Familie seit etwa 150 Jahren in Russland, im Schwarzmeergebiet, ansässig war – waren dort Bauern. Im Zuge der allgemeinen Kollektivierung im Jahre 1929 wurde den Deutschen in der Ukraine das Land abgenommen. Da ihr Vater sich weigerte, der Kolchose beizutreten, war er von der Verbannung nach Sibirien bedroht. Ihre Familie begab sich 1935 auf die Flucht und zog von Ort zu Ort – immer in Angst vor Verhaftung. 1937 wurde der Vater festgenommen und für 30 Jahre nach Sibirien verbannt. Er wurde nie wiedergesehen.

Bei Kriegsbeginn 1941 entging sie der Deportation

hinter den Ural nur, weil die deutsche Front den Deportationstransport der Sowjets überrollte. Vorher hatten diese den Zug mit den in Verschleppung begriffenen Deutschen noch in die Luft gesprengt, um deren Befreiung durch die Wehrmacht zu verhindern. Nur eine beherzte Fluchtaktion ihrer Mutter rettete ihr und dem Rest ihrer Familie das Leben. Die Familie begab sich 1944/45 mit dem Rückzug der deutschen Truppen auf die Flucht vor der Roten Armee. Über ein halbes Jahr war die Familie Schmidt dann auf dem großen Treck in Richtung Westen. Die Familie wurde schließlich ganz auseinandergerissen, und mit 15 Jahren war Nelly allein auf der Flucht, die sie schließlich nach Schwäbisch-Gmünd führte, wo sie eine Schneiderlehre machte, heiratete und seitdem mit ihrem Mann in Waiblingen bei Stuttgart lebte.

Nachdem Sie ihre beiden Kinder großgezogen hatte, fand sie auch die Zeit zum Schreiben. Die Strapazen und Entbehrungen ihrer Flucht, aber auch abenteuerliche Eindrücke hat Nelly Däs 1966 zunächst in zehn DIN-A4-Heften aufgezeichnet, bevor 1969 der erste Teil ihrer Autobiografie „Wölfe und Sonnenblumen“ und 1976 der zweite Teil „Der Zug in die Freiheit“ erscheinen konnte.

Für ihre Bücher wurde sie mit zahlreichen Preisen ausgezeichnet: Dazu gehören der Züricher Kinderbuchpreis „La vache qui lit“ und das „Buch des Monats“ der JUBU-Crew. 1982 erhielt sie für ihren Einsatz für die Russlanddeutschen das Bundesverdienstkreuz, außerdem die Goldene Ehrennadel der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland und des Landes Baden-Württemberg. 1997 wurde ihr der Russlanddeutsche Kulturpreis des Landes Baden-Württemberg verliehen.

Ihren großen Erfolg verdankt sie nicht nur ihrer Autobiografie, sondern auch der spannenden und einfühlsamen Art des Erzählens. In über zweitausend bundesweiten Lesungen und Vorträgen hat sie über das Schicksal der Russlanddeutschen in Schulen, Bibliotheken, Kirchengemeinden, Altentagesstätten und beim Bund der Vertriebenen informiert und sich für ihre „Landsleute“ eingesetzt.



Nelly Däs, 2014 (Foto: E. Scheld)

Ihre Werke, die in einer Auflage von über 270.000 Exemplaren erschienen, sind inzwischen vergriffen und nur noch antiquarisch erhältlich. Wünschenswert wäre nicht nur eine Neuausstrahlung des Filmes „Das Mädchen vom Fährhaus“ durch das ZDF, sondern auch eine Neuausgabe ihrer Autobiografie, zumindest als E-Book. Längst überfällig ist eine russische Übersetzung ihrer Bücher, sodass Nelly Däs endlich auch in Russland als wichtige Erzählerin wahrgenommen werden kann. Neben ihrer Biografie wäre ihre Wildnisgeschichte „Mit Timofej durch die Taiga“ dabei sicherlich ein guter Einstieg, zumal auch die russische Autorin Gusel Jachina in ihrem Roman „Wolgakinder“ auf das Schicksal der Wolgadeutschen einging.

In den letzten Jahren schrieb Nelly Däs nicht mehr, blieb aber auch im hohen Alter aktiv. So übergab sie im Herbst 2018 dem Evangelischen Kindergarten in Waiblingen 65 Kindermützen, die sie gehäkelt hatte und freute sich über die Reaktion der Kinder, die sie danach bei ihrem täglichen Spaziergang sahen und freundlich mit „Die Mützenoma kommt“ begrüßten.

Nun ist Nelly Däs nicht mehr da und sie wird uns fehlen. Die Erinnerung an diese großartige Erzählerin zu bewahren heißt, ihre Bücher zu lesen und Empathie für das Schicksal der Russlanddeutschen zu entwickeln. Heinrich Heine schrieb einmal „Unter jedem Grabstein liegt eine Weltgeschichte“. Das trifft auch auf Nelly Däs zu und mit der Lektüre ihrer Bücher lernt man eine Welt kennen, die einem sonst weitgehend verschlossen bleibt.

Eckhard Scheld



In Memoriam Ursula Mechler

Die Landsmannschaft Weichsel-Warthe verlor ihre langjährige stellvertretende Bundessprecherin

Am 17. Februar 2021 starb im Luther-Krankenhaus in Berlin nach kurzer, schwerer Krankheit die langjährige stellvertretende Bundessprecherin der Landsmannschaft Weichsel-Warthe, Dr. Ursula Mechler. In großer Sorge um sie war der Bundesvorstand bis zuletzt mit ihr und ihren Angehörigen eng verbunden und stand mit ihr so lange in Verbindung, wie es möglich war, auch unter Corona-Schutzbedingungen.

Der Landesvorsitzende von Baden-Württemberg und Vorstandsvorsitzende der Kulturstiftung Weichsel-Warthe (KWW), Hans-Werner Carlhoff, würdigte sie mit folgenden Worten:

„Frau Dr. Ursula Mechler hat über Jahrzehnte viel für unsere Landsmannschaft Weichsel-Warthe (LWW) geleistet und hat sich mit ‚Leib und Seele‘ – bis zuletzt – für die LWW und deren Kulturstiftung eingesetzt. Ich habe immer bei Frau Dr. Ursula Mechler ihre freundliche, mitfühlende und ausgleichende Art, auch in schwierigen Situationen, bewundert. Kompetent hat sie unsere Landsmannschaft auf allen Ebenen, bis in die höchsten Stellen hinein vertreten. Ihr auf Versöhnung und Ausgleich bedachtes Streben war stets ausgerichtet auf das Motto unserer Landsmannschaft, als ‚Brücke der Verständigung‘ zu wirken. Dafür können wir alle dankbar sein. Ich werde Frau Dr. Mechler nicht vergessen. Wir alle werden ihr ein ehrendes Gedenken bewahren.“

Ursula Mechler vertrat die LWW beim Bundesverband des BdV, beim BLV in Berlin, ging zu Veranstaltungen im Vertriebenenbereich, war stets bei LWW-Veranstaltungen dabei und half beim Mitteilungsblatt Weichsel-Warthe als Lektorin, ebenso beim Jahrbuch.

Geboren wurde sie als Ursula Lucie Gossert am 14.5.1931 in Lodz als Tochter von Adolf Gossert und seiner Frau Olga, geb. Ratajczak. Ihre Familie zählte zu den Webern, die im 19. Jahrhundert nach Lodz kamen. Ursula besuchte das Lodzer Deutsche Gymnasium (LDG), über das sie 2007 im Jahrbuch schrieb. Über Flucht und Vertreibung selbst hat sie nicht viel gesprochen, zu belastend schien dieses Erleiden gewesen zu sein. Erzählungen zufolge ist

sie mit ihrer Schulklasse nach Zwickau in Sachsen geflüchtet. Die Familie kam später nach. Zwei Lehrerinnen kümmerten sich rührend um die Mädchen und blieben über ein Jahr lang bei ihnen, bis die letzten Kinder von ihren Eltern abgeholt worden waren. Die ersten Nachkriegsjahre hat Ursula Mechler hier gelebt und ihr Abitur abgeschlossen. Anschließend studierte sie Medizin in Berlin und promovierte.

Ursula Gossert war seit 1955 mit dem aus Pudewitz (Pobiedziska, Kr. Posen-Ost) stammenden Oswald Mechler (verst. 1980) verheiratet und seit 1961 Mutter einer Tochter, Gabriele Mechler-Stenzel (1961-2001), die leider sehr früh durch einen tragischen Unfall starb.

Ursula Mechler arbeitete in verschiedenen Krankenhäusern und im Hygiene-Institut der Freien Universität Berlin. Sie war dann Medizinalrätin, Professorin und Direktorin im Bundesgesundheitsamt im Bereich Toxikologie und Pharmakologie. 1972 erhielt sie einen Forschungsauftrag für 13 Monate am bakteriologischen Institut der Universität Ankara.

Ursula Mechler war durch ihre Mutter schon früh an die LWW-Arbeit herangeführt worden. Olga Gossert (1905-1999), genannt Olly, war seit den 60er-Jahren in der Landsmannschaft Wartheland e.V., dem LWW-Landesverband Berlin, aktiv. Die West-Berliner Gruppe bildete die LWW im Kleinen ab, denn durch den Sonderstatus von Berlin mussten sich auch die Vereine dort anders strukturieren. Die Mutter nahm mit ihrer Tochter auch regelmäßig an den LWW-Arbeitstagen am „Heiligenhof“ in Bad Kissingen teil. Frau Gossert betreute Spätaussiedler und hielt wöchentliche Sprechstunden. Auch Ursula engagierte sich bereits während ihrer beruflichen Zeit für die LWW und fungierte in Berlin als Landessozialreferentin. 1993 trat sie dann die Nachfolge von Lothar Kemmerzell als LWW-Landesvorsitzende in Berlin an. Dieses Amt hatte sie über 27 Jahre inne.

Natürlich war Dr. Ursula Mechler auch stets Teilnehmerin der Bundeskulturtagungen und ließ sich von der Lodzerin Ursula Brehmer (1927-2011) und dem damaligen



Ursula Mechler

Bundessprecher Karl Bauer im Juni 1999 für das Amt der Bundeskulturreferentin gewinnen. Dieses Amt hatte sie bis Juni 2007 inne. Als damals Thora v. Bonin ankündigte, nicht mehr für das Amt der stellvertretenden Bundessprecherin zu kandidieren, ließ sie sich ebenfalls überreden, für dieses Amt anzutreten. 2007 erhielt Ursula auch den Kulturpreis der Landsmannschaft Weichsel-Warthe.

Dr. Ursula Mechler war damals bereits lange Zeit ständige Vertreterin des Bundessprechers bei Veranstaltungen des Bundes der Vertriebenen in Berlin. Eine der Hauptveranstaltungen in Berlin waren damals die Ostdeutschen Kulturtag im Deutschlandhaus, die der BLV im Oktober im Deutschlandhaus veranstaltete. Frau Mechler war immer dabei.

Trotz gesundheitlicher Probleme nach dem Tod ihres langjährigen Lebensgefährten Charles Bleeker-Kohlsaat (1928-2018) erfolgte noch im Mai 2019 ihre Wiederwahl als stellvertretende Bundessprecherin. Das Alter spielt in der LWW keine Rolle, sondern nur der Einsatz – und darin war Ursula Mechler großartig. Wir vermissen sie schon jetzt. Unser Mitgefühl gilt ihrer Familie sowie allen Angehörigen und Freunden, die sie vermissen werden. ■

Dr. Martin Sprungala,
Bundessprecher der Landsmannschaft Weichsel-Warthe

Alte Geschichte(n) neu erzählt

Tagung „Flucht, Vertreibung, Neuanfang“ vom 16.-18. Juli 2021 – Anmeldung bis 2. Juli möglich

Oral History ist wortwörtlich in aller Munde – doch was ist das eigentlich? Und was ist das Storytelling? Heutzutage wird Storytelling meistens im Zusammenhang mit digitalen Medien erwähnt, aber es hat eine sehr lange Tradition. Beim Storytelling handelt es sich um eine Erzählmethode: Dabei wird bestimmtes Wissen in Form von Leitmotiven, Symbolen, Meta-

phern und anderen Mitteln der Rhetorik weitergegeben.

Im Vordergrund der Tagung steht die Geschichte der Deutschen aus dem östlichen Europa und den damaligen Sowjetstaaten. Zu Beginn der Tagung führen Impulsvorträge in die Themen der angebotenen Workshops ein. Die Teilnehmer wählen einen thematischen Workshop aus und dürfen hierbei aussuchen, ob sie ihre Story anhand eines echten Schicksals erarbeiten werden oder eine fiktive Geschichte erzählen möchten. Vielleicht bringt jemand eine Story aus der eigenen Familiengeschichte mit, die man dann gemeinsam aufarbeiten kann.

Die Tagung im Wilhelm-Kempf-Haus in Wiesbaden-Naurod richtet sich an die Kinder- und (Ur-)Enkelgeneration der Heimatvertriebenen sowie Studierende der Geschichts- und Kulturwissenschaften und wird vom Hessischen Ministerium des Innern und für Sport gefördert.

Aus aktuellem Anlass wird das Seminar unter dem Vorbehalt des weiteren Verlaufs der COVID-19 Pandemie stattfinden. Eine kurzfristige Absage ist jederzeit möglich. Änderungen vorbehalten. Die aktuellen Präventionsmaßnahmen zum Schutz gegen die Ausbreitung von COVID-19 werden eingehalten. ■



Kontakt und Anmeldung

Tagung „Flucht, Vertreibung, Neuanfang. Alte Geschichte(n) neu erzählt“

16. – 18. Juli 2021

Wilhelm-Kempf-Haus
65207 Wiesbaden-Naurod

Anmeldung unter:

E-Mail kulturreferat@bdv-hessen.de

Tel.: 0611 36 019-18

Web www.bdv-hessen.de

Anmeldeschluss: 2. Juli 2021

Mehr Aufmerksamkeit in den Medien erreichen

BdV-Landesverband Hessen veröffentlicht Leitfaden zur Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

In Zeiten schrumpfender Mitgliederzahlen ist die Bedeutung der Öffentlichkeitsarbeit gewachsen, die Möglichkeiten sind durch das Internet vielfältiger geworden. Eine professionelle Kommunikation nach innen und außen wird auch für die im Bund der Vertriebenen organisierten Verbände und Landsmannschaften immer wichtiger, wenn es darum geht, neue Mitglieder zu gewinnen, aber auch zunehmendes Interesse und Vertrauen in der Öffentlichkeit zu wecken.

Um die Medienarbeit zu professionalisieren und besser auf die Herausforderungen im digitalen Zeitalter reagieren zu können, hat der BdV-Landesverband Hessen einen Leitfaden zur Presse- und Öffentlichkeitsarbeit veröffentlicht, der dem hessischen Bund der Vertriebenen mit seinen Kreis- und Ortsverbänden sowie den ihm angehörigen Landsmannschaften und Verbänden bei ihrer ehrenamtlichen Presse- und Öffentlichkeitsarbeit als Hilfestellung dienen soll.

Der Leitfaden stellt einzelne Themenbereiche der Öffentlichkeitsarbeit vor und gibt wichtige Tipps und Ratschläge für eine erfolgreiche PR-Arbeit. Die Broschüre im DIN-A5-Format ist ein vom Hessischen Ministerium des Innern und für Sport gefördertes Projekt und ist bei der Landesgeschäftsstelle des BdV kostenlos erhältlich.

BdV bietet Presseseminare an

Ergänzend zur Broschüre bietet der BdV-Landesverband Schulungsseminare für die Presseverantwortlichen der BdV-Mitgliedsverbände und Landsmannschaften an. Hier kann das Thema anhand praktischer Beispiele vertieft werden. Referent für die jeweils etwa 4-stündigen Presseseminare ist der Autor des Leitfadens und langjährige Redakteur der DEUTSCHEN UMSCHAU, Carsten Becher.

Die Seminare finden jeweils vor Ort bei den BdV-Kreisverbänden statt. Die Teil-

nehmer erhalten eine Einführung in die Pressearbeit und lernen die formalen und inhaltlichen Standards von Pressemitteilungen kennen. Weitere Themen sind die Öffentlichkeitsarbeit im Internet sowie der Umgang mit sozialen Netzwerken.



Eine Anmeldung zu den Seminaren ist erforderlich über die BdV-Landesgeschäftsstelle. Weitere Informationen zum Ablauf und den Inhalten des Seminars erhalten Interessierte direkt beim Referenten per E-Mail an redaktion@deutsche-umschau.de oder telefonisch unter **0178 2078962**.

Absender:



BdV – Bund der Vertriebenen
Landesverband Hessen e.V.
65185 Wiesbaden

Postvertriebsstück

Entgelt bezahlt

H 13 18 F

Bund der Vertriebenen – Friedrichstraße 35 – 65185 Wiesbaden – Postvertriebsstück Entgelt bezahlt H 13 18 F

Das Westpreußische Landesmuseum

Das Westpreußische Landesmuseum wurde 1975 im historischen Drostenhof in Münster-Wolbeck eröffnet. Seit Ende 2014 befindet sich das Museum im Franziskanerkloster in Warendorf, auf halbem Weg zwischen Münster und Bielefeld. Das Museum versteht sich als zentrale Einrichtung in der Bundesrepublik Deutschland für die Sammlung, Bewahrung, Präsentation und Vermittlung von Geschichte und Kultur des historischen Westpreußens. Trägerstiftung des Westpreußischen Landesmuseums ist seit 1975 die Kulturstiftung Westpreußen zur Pflege altpreussischer Kultur.

Dass es gerade in Westfalen beheimatet ist, hat seine eigenen historischen Gründe: Im Jahre 1960 hatte der Landschaftsverband Westfalen-Lippe eine Patenschaft für die

heimatvertriebenen Westpreußen übernommen. Das 1975 gegründete Westpreußische Landesmuseum war zunächst vor allem für die Westpreußen gedacht, die im Zuge von Flucht und Vertreibung am Ende des Zweiten Weltkriegs ihre Heimatregion verlassen mussten. Heute richtet es sich an ein geschichts- und kulturinteressiertes Publikum, das größtenteils keinen unmittelbaren persönlichen Bezug zur historischen Region Westpreußen hat.

Die grenzübergreifende Arbeit bildet einen wichtigen Schwerpunkt der Aufgaben, die das Westpreußische Landesmuseum übernommen hat. Sonderausstellungen entstehen häufig in Zusammenarbeit mit polnischen Partnerinstitutionen. Zudem existiert eine Außenstelle des Westpreußischen Landesmuseums in den Räumen des Regional-

museums in Krokowa/Krockow, unweit von Danzig.

Seit Dezember 2014 ist das Museum im ehemaligen Franziskanerkloster am Rande der Altstadt von Warendorf untergebracht. Die Geschichte des denkmalgeschützten Bauwerks reicht bis in das 17. Jahrhundert zurück und ist noch immer präsent, denn die Einrichtung des Ausstellungsbetriebs erfolgte so behutsam, dass überall im Haus Spuren des Klosterlebens sichtbar geblieben sind.

Ausstellungen und Veranstaltungen

Neben der Dauerausstellung veranstaltet das Westpreußische Landesmuseum im Jahr drei bis fünf Sonderausstellungen. Zudem bietet es Tafel-Ausstellungen an, die von Museen, Schulen oder anderen interessierten Institutionen entliehen werden können. Zudem finden im Westpreußischen Landesmuseum regelmäßig wissenschaftliche Vorträge, Lesungen, Workshops, Buchpräsentationen oder auch Symposien statt. Die wichtigsten Informationen zu diesen Tätigkeitsfeldern finden Interessierte auf der Webseite des Landesmuseums.



Westpreussisches Landesmuseum

Klosterstraße 21

48231 Warendorf

Terminanfragen und Anmeldungen

Telefon 02581 92777-13 (*Geschäftszimmer*)

Telefon 02581 92 777-0

Telefax 02581 92 777-14

info@westpreussisches-landesmuseum.de

www.westpreussisches-landesmuseum.de



Das vormalige Franziskanerkloster, Klosterstraße 21 in Warendorf: Seit 2014 befindet sich das Westpreußische Landesmuseum in den denkmalgeschützten Räumlichkeiten. (Foto: Wikimedia Commons, J.-H. Janßen, CC BY-SA 3.0)